Die Aufrüstungspropaganda erfindet „Raketenlücke" Seite 6 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 46 vom 16. November 1979 13. Jahrgang 1 DM

Gegen Jugendarbeitslosigkeit demonstrierten am Samstag, den 10.11. in Frankfurt/Main 1 500 jugendliche Gewerkschafter zum Abschluß der Aktionstage des DGB Hessen. „Gemeinsam für bessere Berufschancen und für eine Zukunft ohne Arbeitslosigkeit" war die Losung der Demonstration. Sprecher der Gewerkschaften und Teilnehmer der Demonstration wandten sich insbesondere gegen die in den letzten Wochen bekannt gewordene Schönfärberei der amtlichen Stellen, was die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen betrifft. Aber auch politische Parolen, wie „Strauß — Feind der Jugend" waren zahlreich vertreten.

Nach Botschaftsbesetzung in Teheran

Kriegsdrohungen gegen den Iran

„Warum läßt sich Amerika das gefallen?" fragte am Montag die „Bild"-Zeitung in einer Schlagzeile. Gemeint ist die Besetzung der US-Botschaft in Teheran durch Khomeiny-Anhänger. „Und im Text des Artikels stellt das Springer-Blatt eine weitere Frage: „Wieso befreien die Amerikaner die Geiseln nicht so, wie es 1977 unsere GSG-9-Jungs in Mogadischu gemacht haben?"

Bild steht mit solchen Fragen nicht allein. Allenthalben werfen die bürgerlichen Medien in der westlichen Welt jetzt die Frage nach militärischen Aktionen gegen den Iran auf.

In den USA selbst heizt Präsident Carter persönlich eine fanatische, chauvinistische Stimmung an, die sich schon in blutigen Ausschreitungen gegen iranische Studenten und — wie von den Urhebern gewollt — im Ruf nach dem Einsatz der berüchtigten Ledernacken im Iran entlud.

Kein Zweifel — die Hetze gegen den Iran, dessen Völker erst vor einem Jahr das faschistische Regime des Schahs abgeschüttelt haben, ist auf einem Siedepunkt angelangt. Und die Gründe für diese propagandistische Mobilmachung sind nicht in der abenteuerlichen Botschaftsbesetzung einiger Khomeiny-Leute und in deren Duldung durch das Regime des Ayatollah zu suchen. Ginge es allein um die Botschaftsangehörigen in Teheran — warum liefert Washington dann nicht den Massenmörder Pahlevi aus, so wie es internationalem Völkerrecht entspricht? Aber es geht eben um etwas ganz anderes: Die Imperialisten — vor allem die amerikanische Supermacht — haben sich nie mit dem Sturz des Schahs, ihre iranischen Statthalters abgefunden. Sie wollen ihre uneingeschränkte Herrschaft über den Iran wiederherstellen. Sie suchen Vorwände für den Schlag gegen die iranischen Völker. Und sie finden sie.



Es ist die reaktionäre Politik Khomeinys und seines Regimes selbst, das ihnen diese Vorwände liefert. Khomeiny hat seit seiner Rückkehr in den Iran alles daran gesetzt, die Errungenschaften der großen revolutionären Erhebung der Volksmassen rückgängig zu machen. Er zwang die revolutionären Organisationen, wie etwa unsere iranische Bruderpartei, in den Untergrund. Er griff das kurdische Volk bewaffnet an und errichtete ein Regime des finsteren islamischen Mittelalters, das durch die Abscheu der Werktätigen in der ganzen Welt hervorruft.

Nur eines tat das Regime Khomeinys nicht — nämlich wirklich konsequent gegen die imperialistischen Mächte und Monopole vorzugehen, die immer noch einen Teil der iranischen Wirtschaft kontrollieren und über politischen und militärischen Einfluß in diesem Land verfügen. Statt also etwa die Filialen der ausländischen Monopole im Iran zu enteignen oder die Beziehungen zu den imperialistischen Mächten abzubrechen, ließ er seine Anhänger zu dem Sturm auf die US-Botschaft antreten. Diese Aktion aber ist alles andere als revolutionär. Sie lenkt von einem wirklichen antiimperialistischen Kampf nur ab und liefert zudem — wie gesagt — der amerikanischen Supermacht billige Vorwände für Aggressionen gegen die iranischen Völker, bis hin zur militärischen Eingreifen.

In dieser kritischen Situation müssen alle Demokraten und Antifaschisten in unserem Land der zügellosen Kriegshetze gegen den Iran entgegentreten. Unser Platz ist an der Seite der iranischen Völker, die im Kampf gegen die Einmischungsversuche der Imperialisten und im Kampf gegen das reaktionäre Khomeiny-Regime für die Verteidigung der Errungenschaften der revolutionären Erhebung stehen.

Lehrer im Kampf für ihre Forderungen

Verwaltungsgericht verbietet Lehrerstreik

Aktionstage der GEW am 13.11.

HAMBURG.— Das Verwaltungsgericht der Hansestadt hat den Lehrern Hamburgs verboten, die geplanten zweistündigen Warnstreiks am 13.11. durchzuführen.

Dies ist ein neuer Schritt in einer ganzen vom Staat organisierten Kampagne gegen die Lehrer. Als die Lehrer in Bremen am 4. Juli kurzfristig Arbeitsniederlegungen organisierten, wurde eine Reihe von ihnen mit Disziplinarmaßnahmen zur Strafe bedacht.

Diesem offen reaktionären Vorgehen der Behörden verschiedener Bundesländer sollte auch am Aktionstag der GEW am 13.11. entgegengetreten werden, von dem bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt war, wie weit er durchgeführt wurde. Geplant waren dabei unter anderem: Solidaritätsaktionen in Bremen, zur Unterstützung von Lehrern, die wegen des 4. Juli gemaßregelt werden sollen. Arbeitsniederlegungen in Niedersachsen, Hamburg und Hessen für je etwa zwei Stunden, Kundgebungen in Hamburg, Celle, Neumünster und München, sowie verschiedene kleinere Aktionen in anderen Bundesländern.

Der Norddeutsche Rundfunk wird aufgelöst

Das Fernsehen soll direkt in die Hand der Monopole

Zahlreiche Aktionen gegen Privatfernsehen

HAMBURG/HANNOVER/KIEL.— Am Mittwoch, den 7. November, beschlossen die Regierungschefs der drei norddeutschen Bundesstaaten die Auflösung des NDR. Diese Auflösung geschah aufgrund des Betreibens der CDU, die neben Stoltenberg vor allem Albrecht an die Front geschickt hatte. Unverblümt wurde gesagt, um was es ihnen geht. „Zuviel Marxismus" sei beim NDR im Programm, meinte Stoltenberg. Und Albrecht betonte, jetzt würde das Privatfernsehen eingeführt.

Die politische Richtung dieser Änderung ist eindeutig. Dem „Marxismus", was ja nur eine Umschreibung dafür ist, daß es im NDR kritische Sendungen gab, soll nun ein Radio Kiel-Hannover ein Ende machen. Man muß sich nur daran erinnern, daß Stoltenberg diese Forderung zum ersten Mal ganz massiv vertrat, als Reporter des NDR anläßlich der Demonstration in Brokdorf es wagten, den brutalen Einsatz der Polizei zu kritisieren. Ein Radio der offenen Hofberichterstattung soll das werden.

Die Einführung des Privatfernsehens, seit langen Jahren eines der alten Ziele der CDU, und insbesondere von den Konzernen Springer und Bertelsmann verlangt, wird für die Kapitalisten in unserem Land die Möglichkeit sein, ein so wichtiges Medium direkt in die Hand zu bekommen. Ihre Propaganda muß dann nicht mehr den Umweg über Beamte und Journalisten nehmen, kritische Stimmen können sofort beseitigt werden.

In Hamburg und Bonn demonstrierten in der letzten Woche deshalb rund 1 500 Menschen, Mitarbeiter des NDR vor allem, gegen die Spaltung des NDR und gegen die Einführung des Privatfernsehens, Forderungen, die von der gesamten demokratischen Öffentlichkeit unterstützt werden.

Kurzarbeit bei Opel

RÜSSELSHEIM.— Der Opel-Konzern hat für sein Rüsselsheimer Werk Kurzarbeit beantragt. Sie soll insgesamt zehn Tage umfassen und in der letzten Novemberwoche sowie in der ersten Dezemberwoche durchgeführt werden. 15 000 Kollegen sind davon betroffen.

Demonstration gegen Nazi-Buchladen

FRANKFURT.— Rund tausend Menschen demonstrierten am vergangenen Freitag im Frankfurter Stadtteil Bornheim gegen den Nazi-Buchladen „Volk und Kosmos". Wiederholt hatten die Bornheimer von den Behörden die Schließung dieses faschistischen Propagandazentrums verlangt — allerdings vergeblich. Als sie jetzt ihren Forderungen mit einer machtvollen Demonstration Nachdruck verliehen, wurden vor dem Laden starke Polizeitruppen und Wasserwerfer zum Schutz der Faschisten aufgefahren.

Zu der Demonstration hatte die „Initiative gegen Reaktion und Faschismus" aufgerufen. Unterstützt wurde sie unter anderem von zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen, so etwa vom DGB Kreis Frankfurt, von der IG Drupa und der GEW.

Nach dem neuesten Obristenputsch

Bolivien in Aufruhr!

Generalstreik und Straßenkämpfe

LA PAZ.— Seit dem Putsch des Kommandanten der bolivianischen Militärakademie, des Oberst Natusch, am 1. November kommt Bolivien nicht mehr zur Ruhe. Natusch konnte sein Regime bisher nicht etablieren, der Widerstand breitester Teile der Bevölkerung der großen Städte, vor allem der Arbeiter, hinderte ihn daran.

Natusch versucht, diesen Widerstand mit brutalem Massenmord zu brechen. Offiziell wird zugegeben, daß 80 Zivilisten getötet und 250 verwundet worden sind, als die Armee mit amerikanischen Kampfhubschraubern in La Paz in die demonstrierenden Massen schoß. Aber selbst die katholische und die methodistische Kirche erheben Anklage, daß die Opfer weitaus größer waren. Der bolivianische Gewerkschaftsbund COB, der zum Generalstreik aufgerufen hatte, sprach von 450 Toten. Alle Streikenden werden jetzt von Natusch mit Prozessen wegen „Landesbeleidigung" bedroht.

Vergraben im Palacio Queimado versucht Natusch seinen Putsch mit Kriegsrecht, Ausgehverbot und Vorzensur der Medien zu behaupten. Die Putschistenpropaganda behauptet, in La Paz seien „internationale Extremisten" eingedrungen, die den Streik schürten. In den anderen Großstädten, in Santa Cruz und Cochabamba werde, so die zensierte Presse „fast normal" gearbeitet. Überhaupt nicht gearbeitet wird dagegen in den Zinnminen, dem traditionellen Zentrum der bolivianischen Arbeiterbewegung.

Der starke Widerstand gegen seine Putschistenjunta hat schon dazu geführt, daß Natusch das von ihm geschlossene Parlament wieder eröffnen mußte. Nach dieser Wiedereröffnung rief die Führung des COB — bisher vergeblich — zum Abbruch des Generalstreiks auf.



Die Panzer der Putschisten haben es bisher noch nicht vermocht, für die von den Herren des Landes gewünschte Ruhe zu sorgen.

Kommentar

Stoltzenberg und die schützenden Hände

Kaum hat Bürgermeister Hans Ulrich Klose mit ersichtlichem Aufatmen im Auftrag des Hamburger Senats einen offiziellen Schlußstrich unter den Giftgasskandal im Zusammenhang mit der Giftmischerfirma Stoltzenberg gezogen, wird öffentlich bekannt, daß **mindestens** drei weitere Chemiebetriebe (zwei im Bundesgebiet, eine in Westberlin) ebenfalls die völkerrechtlich verbotenen chemischen Kampfstoffe Tabun, Sarin, Soman und Lost in ihrem Angebot haben, mit dem sinnigen Vermerk, daß diese Stoffe an Privatpersonen **nicht** abgegeben werden.

Da man davon ausgehen kann, daß die bekanntgewordenen Firmen (eine davon ist die Boehringer GmbH in Mannheim) die verbotenen Kampfgase nicht für ihre Lagerhallen produziert, muß es folgerichtig nichtprivate Abnehmer geben, die sich die Massenvernichtungsmittel illegal verschaffen.

Natürlich wird sich wieder eine offizielle Persönlichkeit finden, die jede Beteiligung der Bundeswehr bzw. der zuständigen Regierungsstellen mit Empörung von sich weisen wird, wie es 1970 der damalige Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt im Brustton der Überzeugung tat: Damals ging Schmidt auf verschiedene öffentliche Vorwürfe ein, die besagten, bundesdeutsche Firmen würden sich mit der Erforschung und Produktion chemischer Kampfstoffe beschäftigen: „Hiermit bestätige ich (...) ausdrücklich, daß das Bundesverteidigungsministerium oder seine angeschlossenen Dienststellen (...) der (...) chemischen Industrie in der Bundesrepublik keinerlei diesbezüglichen Aufträge erteilt hat oder zu erteilen gedenkt."

Der Stoltzenberg-Skandal hat den amtierenden Bundeskanzler Lügen gestraft. Selbst die bürgerliche Presse kam zum Teil sogar recht ausführlich auf die dubiose Rolle der Bundeswehr zu sprechen. Allerdings blieb es dabei. Als die ersten Wogen der bundesweiten Empörung sich geglättet hatten, als Justizsenator Dahrendorf dem Volk sozusagen als Opfer vorgeworfen war, war die Sache für die Herren Politiker ausgestanden.

Die wahren Verantwortlichen, die diversen Verteidigungsminister von Strauß über Schmidt bis Apel, die Chemiefabrikanten von Stoltzenberg über Boehringer bis Bayer oder BASF, die westdeutschen Revanchisten und Kriegstreiber, die mit der Produktion der tödlichen Gase handfeste Interessen verbinden, blieben völlig unbehelligt. Und hätte das Bundesverteidigungsministerium es unterlassen, sich mit dem seit Jahren bekannten, zweifelhaften und geistig abnormen Leuschner, Stoltzenbergs Prokuristen und Nachfolger, geschäftlich zu verbinden, so wäre es zu diesem Skandal in Hamburg, der einem Kind das Leben kostete und hunderttausende in Gefahr brachte, wahrscheinlich gar nicht gekommen.

Offenbar war aber die Gier nach dem todbringenden Stoffe dermaßen groß, daß man sämtliche Warnungen über die Lotterfirma in Hamburg in den Wind schlug. Schließlich lieferte Stoltzenberg pünktlich, was wollte man mehr.

Vor dem Untersuchungsausschuß, der als Reaktion auf den Skandal vom Hamburger Senat ins Leben gerufen wurde, entschlüpfte Bürgermeister Klose eine interessante Bemerkung. Schützende Hände haben über der Giftgasfabrik gelegen. Wie wahr, Herr Klose, Schützende Hände sorgten dafür, daß der verbrecherische Leuschner noch immer auf freiem Fuß ist und der Vater des getöteten Kindes ein Ermittlungsverfahren am Hals hat. Schützende Hände bewahrten Klose vor dem jähen Ende seiner steilen Karriere. Schützende Hände sorgten dafür, daß die „weiße Weste" der Herren Schmidt und Strauß nur ja keinen Spritzer abbekam. Schützende Hände sorgen dafür, daß die Bundesregierung trotz gegenteiliger völkerrechtlicher Verpflichtungen die Produktion von mörderischen Gasen unbehelligt betreiben lassen kann.

Doch daß die Menschen sich ihre Gedanken machen, warum die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden, das kann niemand verhindern. Und daß sie daraus Schlüsse ziehen, ist ebenfalls unvermeidlich. Diese Schlüsse aber können für die Verantwortlichen sehr unangenehme Folgen haben. Da helfen keine schützenden Hände mehr.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

1,3 Milliarden Mark für Rüstungskonzerne

Bonn subventioniert verstärkte Aufrüstung

BONN.— Das Bundeskabinett hat das zweite Gesamtprogramm für Luftfahrtforschung und -technologie verabschiedet, das bis 1982 rund 1,3 Milliarden Mark für die zivile und militärische Luftfahr vorsieht. Damit ist das Volumen dieses Förderungsprogramms um etwa 40 Prozent größer als das des ersten Programms (1975/78).

In der Öffentlichkeit wird dieser riesige Rüstungsnachschlag vor allem mit dem subventionsbedürftigen Airbus-Projekt (Hauptaktionär ist MBB; Aufsichtsratschef ist Strauß) begründet. Die westdeutschen Imperialisten rechnen sich über dieses Projekt Chancen aus, eine führende Rolle in der internationalen Luftfahrtindustrie zu erobern, die jetzt noch unangefochten von den Amerikanern gehalten wird.

30 Fluggesellschaften mit fast 400 Bestellungen stehen in den Airbus-Auftragsbüchern. Gegenwärtig werden pro Monat zweieinhalb Großraumflugzeuge gefertigt. Hier soll eine Angleichung an amerikanische Verhältnisse stattfinden, um konkurrenzfähig zu bleiben. Amerikanische Flugzeughersteller produzieren in der Regel acht Flugzeuge pro Monat.

In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, als gelte das milliardenschwere Subventionspaket lediglich der zivilen Luftfahrt, hauptsächlich dem Airbus-Projekt, Adressaten der Steuermilliarden aber sind Firmen wie MBB in München, die Vereinigten Flugzeugwerke (VFW) — die Airbus GmbH ist im übrigen eine Tochter der beiden erstgenannten — Dornier, etc. Und diese Betriebe gehören bekanntermaßen zu den größten westdeutschen Rüstungsbetrieben.

Neu aufgenommen in das staatliche Subventionsprogramm wurde der Posten „Avionik" (avion, frz, Flugzeug), der für die Entwicklung luftfahrtelektronischer Einzelgeräte und Systeme, elektronischer Navigations- und Landehilfen eingerichtet wurde. Übrigens war zur Durchführung und Überwachung dieses Forschungsbereichs ein interministerieller Arbeitskreis ins Leben gerufen, in dem neben einem Vertreter des Verkehrsministeriums auch ein Abgesandter des Kriegsministers sitzt.

Während die Werktätigen die Lasten der Krise zu tragen haben, werden den Rüstungskonzernen wie MBB, VFW und Dornier immer größere Summen an Steuergeldern in den Rachen geworfen, denn militärische Aufrüstung hat Vorfahrt.

Proteste gegen Verfassungsschutz an der Uni

Hamburger Studenten besetzten Hauptgebäude

Demonstration in Düsseldorf gegen LHG

HAMBURG.— Aus Protest gegen die Bespitzelung der Studenten durch den Verfassungsschutz beschlossen die Teilnehmer der Gesamtvollversammlung der Hamburger Universität am Mittwoch vor einer Woche mit überwältigender Mehrheit die Besetzung des Hauptgebäudes.

Etwa 1500 Studenten nahmen an der Besetzung teil. Sie stellten den Präsidenten der Universität zur Rede, da der AStA eine Woche zuvor enthüllt hatte, daß der Verfassungsschutz mit der Universitätsverwaltung zusammenarbeitet.

Die Besetzung wurde bis zum folgenden Tag ausgedehnt. Abends spielten verschiedene Musikgruppen auf. Über Nacht hielten zwischen 200 und 250 Studenten die Stellung. Am Donnerstag schwärmten die Besetzer in die verschiedenen Fachbereiche aus, um die Kommilitonen über ihre Aktion und ihre Forderungen zu informieren. Die Studenten verlangen den Rücktritt der verantwortlichen Politiker und Hochschulbeamten. Sie fordern die Hochschulverwaltung zur Offenlegung aller Tatsachen auf.

Ren Delegationen vertreten. Ihr Protest richtete sich gegen den beschleunigten Abbau demokratischer Rechte an den Hochschulen, vor allem gegen die Regelstudienzeit und das berüchtigte Ordnungsrecht, das Zwangsexmatrikulationen vorsieht. Nur acht Studenten wurde gestattet, als Zuschauer an der Landtagssitzung teilzunehmen. Dagegen konnten 30 Soldaten, die in Bussen angekarrt wurden, auf der Zuschauertribüne Platz nehmen.

DÜSSELDORF.— Am selben Tag demonstrierten etwa 1000 nordrhein-westfälische Studenten anläßlich der zweiten Lesung des Entwurfs des Landeshochschulgesetzes (LHG) durch die Düsseldorfer Innenstadt.

Von fast allen nordrhein-westfälischen Hochschulen wa-



Etwa 1000 Studenten demonstrierten am Mittwoch, den 7. November, gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes, das die demokratischen Rechte der Studenten erheblich beschneiden würde.

Nach Explosion bei Bayer

Giftgaswolke über Dormagen

Konzernleitung leugnet Gefährlichkeit

DORMAGEN.— Am Mittwoch, den 7. November, ereignete sich auf dem Gelände des Chemieriesen Bayer in Dormagen eine Explosion; eine Giftgaswolke entstand und trieb den Donnerstag über mehr als hundert Menschen in die Arztpraxen, die vom Vergiftungserscheinungen wie Kopfschmerz, Erbrechen und Darmkrämpfen geplagt wurden. Ein Bayer-Sprecher: „Die haben wohl nur vor Schreck Kopfschmerzen bekommen!"

Allen faulen Ausreden und Beschönigungen der Bayer-Bosse zum Trotz bestand die Gaswolke aus hochgiftigen Chemikalien. Im übrigen war die Explosion im Giftbereich 1 des in drei Giftbereiche aufgeteilten Betriebes passiert; und im Giftbereich 1 werden die gefährlichsten Stoffe verarbeitet.

Explodiert ist ein Ausgangsstoff zur Herstellung von E 605, der auch als starkes Pflanzenschutzmittel im Großeinsatz verwendet wird. Es handelt sich um Gusathion, ein Fraß- und Kontaktgift, das vor allem gegen Käferbefall eingesetzt wird. Mit Gusathion besprühte Felder dürfen frühestens nach 14 Tagen abgeerntet werden.

Über Radio und Lautsprecher wurden die Anwohner angewiesen, Fenster und Türen zu schließen und sich feuchte Tücher vor Mund und Nase zu halten.

Das Landwirtschaftsministerium warnte vor dem Genuß von Gemüse, das im Einzugsbereich der Giftwolke wächst. Das alles hindert die Bayer-Bosse nicht, nach wie vor **ungestraft** zu behaupten, es handele sich „um harmloses Zeug, das allerdings fürchterlich stinkt".

Presseberichten zufolgt ist Gusathion zudem die Ausgangsbasis zur Herstellung chemischer Kampfstoffe wie Tabun und Soman.

CSU fordert Parteiausschluß von Maria Weber (CDU)

MÜNCHEN.— Weil sie in ihrer Eigenschaft als stellvertretende DGB-Vorsitzende auf dem Essener Bildungskongreß des DGB für die Gesamtschule eingetreten ist und ihre Parteifreunde in CDU und CSU unter anderem als „machthungrige politische Strategen" bezeichnet, hat der Bayernkurier den CDU-Vorstand aufgefordert, Maria Weber unverzüglich aus der CDU auszuschließen.

Erneut wird deutlich, wie die CSU sich die Gewerkschaftspolitik vorstellt. Sie will durch straffe Fraktionsarbeit die Einheitsgewerkschaft spalten und spricht jedem das Recht ab, Unionsmitglied zu sein, der sich nicht an diese arbeiterfeindliche Linie hält.

Weiter wird deutlich, daß die CSU durch ihre Aufforderung an den CDU-Vorstand erneut bekräftigt hat, daß die Landesleitung der CSU, sprich Franz Josef Strauß, die alleinige Befehlsgewalt über die größere Schwesterpartei beansprucht.

Generalinspekteur der Bundeswehr in Jugoslawien

BELGRAD.— Anläßlich seines offiziellen Besuches bei der jugoslawischen Armee hat sich der Generalinspekteur der Bundeswehr, Brandt, lobend über das Militärwesen des revisionistischen Balkanstaates geäußert.

Bereits Stalin verurteilte den Verräter Tito, weil er Jugoslawiens Unabhängigkeit an die Imperialisten verkaufte. Für die westdeutschen Imperialisten ist Tito ein willkommener Partner, um Einfluß auf dem Balkan zu erlangen.

Skandal im Proll-Prozeß

FRANKFURT.— „Meiner Mandantin ist bitterstes und schreiendstes Unrecht geschehen, deshalb bestehe ich auf öffentlicher Rehabilitierung!" Das sind die Worte der Proll-Verteidiger am 14. Verhandlungstag vor dem Frankfurter Schwurgericht.

Gegen Astrid Proll wird wegen Verdachts auf Mordversuch verhandelt. Doch am 14. Verhandlungstag konnte ein Zeuge glaubhaft versichern, Astrid Proll habe am 10.2.1971 keine Schüsse abgegeben. Es stellt sich heraus, daß der Vorwurf des Mordversuchs in geheimdienstlichem Dunkel ausgebrütet wurde, denn der entscheidende Verfassungsschutzagent, auf den sich die falsche Anklage stützt, soll nicht enttarnt werden und bekommt daher keine Aussagegenehmigung.

Aufgrund der falschen Anschuldigung war Astrid Proll lange Zeit der berüchtigten Isolationsfolter im toten Trakt des Gefängnisses in Köln-Ossendorf unterzogen worden.

Zitat der Woche

Welche Grenze läuft eigentlich durch das Ruhrgebiet? Wenn Bundesgrenzschutz nach Nordrhein-Westfalen verlegt wird, ist es wohl die Grenze zwischen Kapital und Arbeit, die da geschützt werden soll. (Ein IG-Metall-Vertrauensmann auf der Dortmunder Vertrauensleutekonferenz)

In der letzten Ausgabe des *Roten Morgen* wiesen wir auf einige Fakten hin, die anschaulich beweisen, daß das integrierte Gesamtschulsystem einige bildungspolitische Vorteile für die Kinder der Werktätigen bringt. Diesmal gehen wir auf die Rolle der SPD ein, die in der öffentlichen Diskussion als Fürsprecher der Gesamtschule gilt, kommen auf verschiedene Nachteile heutiger Gesamtschulen zu sprechen und erläutern die Haltung der KPD/ML.

Die Kampagne gegen die Gesamtschule ist reaktionär

KPD/ML fordert gleiche Bildungschancen für alle Kinder



Zum Thema: Gesamtschule

In der Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der SPD/FDP-Fraktion vom April 1978 heißt es unter der Rubrik „Bildungschancen durch Gesamtschulen":

• „Arbeiterkinder haben in Gesamtschulen bessere Bildungschancen,

• mehr Kinder aus den ‚unteren' Sozialschichten gehören einem oberen oder mittleren Leistungsniveau an als in den vergleichbaren Schulformen des dreigliedrigen Schulwesens,

• ihr Anteil im unteren Leistungsniveau ist erheblich geringer,

• bei steigender Klassenstufe wird eine schichtenspezifische Repräsentanz wieder deutlicher.

Die schichtenspezifische Auslese wird also abgeschwächt, ohne daß sie ganz aufgehoben würde." (Hervorhebung von uns, Red.)

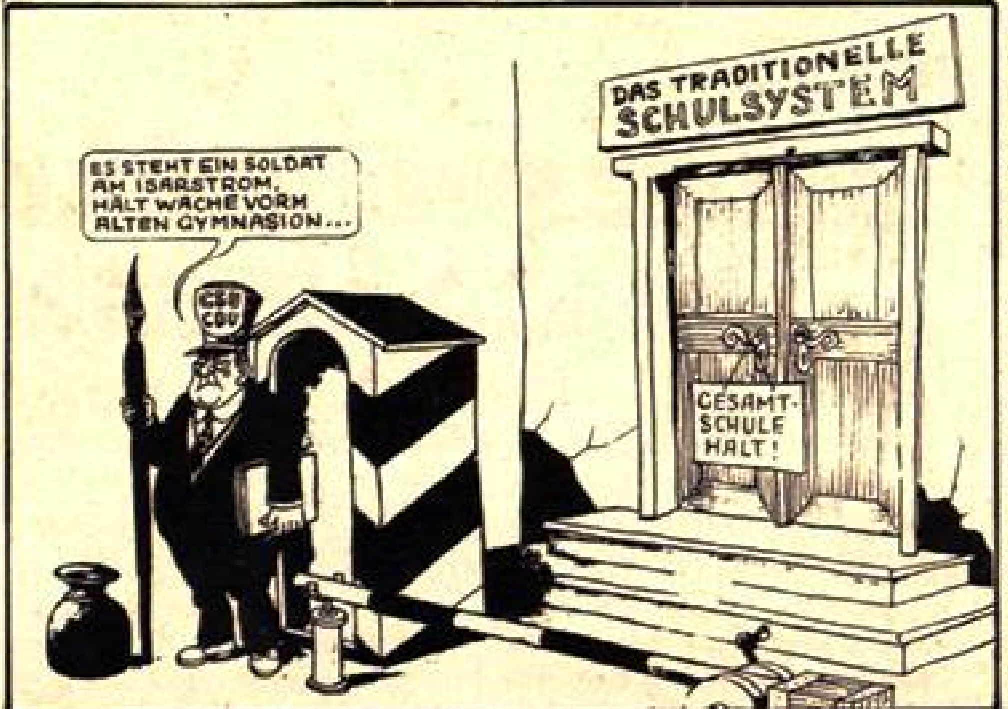
Diese etwas wohlwollende Einschätzung ist im großen und ganzen richtig. Zusammengefaßt besagt sie, daß die Gesamtschule zwar weit davon entfernt ist, die Forderung nach Chancengleichheit zu erfüllen, daß sie ihrer Erfüllung aber immerhin näher kommt als das herkömmliche dreigliedrige Schulwesen, und zwar vor allem dadurch, daß sie den im Kapitalismus traditionell benachteiligten gesellschaftlichen Klassen, vor allem der Arbeiterklasse bzw. deren Kindern, mehr Möglichkeiten zu einem qualifizierten Abschluß einräumt als das dreigliedrige Schulsystem.

Kampagne gegen Chancengleichheit

Schon das ist für die Reaktion in unserem Land Grund genug, Zeter und Mordio zu schreien und Schreckensbilder von einem allgemeinen Bildungsnotstand an die Wand zu malen bzw. die abenteuerlichsten Behauptungen in die Welt zu setzen wie zum Beispiel, die Gesamtschulen würden aus unseren Kindern aggressive und kriminelle Jugendliche machen. All das mündet immer wieder in die am laufenden Band wiederholten Vorwürfe der *Gleichschaltung*, des *Kollektivismus*, der *sozialistischen Einheitsschule* oder der *Vermassung*.

Man würde es sich zu einfach machen, wollte man all diese Anwürfe als bloße Wahlpropaganda abtun. In ihnen kommt vielmehr das Klasseninteresse der Bourgeoisie offen zum Ausdruck. Wenn Reaktionäre wie Strauß und Dregger im Zusammenhang mit der Gesamtschule von „Gleichschaltung" sprechen, dann meinen sie damit nichts anderes, als daß von diesem Schultyp die Ungleichheit der Bildungschancen, wenn auch nicht aufgehoben, so doch zumindest angetastet wird. Und in die gleiche Richtung geht auch der Vorwurf der „Vermassung". Für die Strauß und Co. sind die Massen, also die werktätige Bevölkerung, im Grunde nichts anderes als Pöbel, der kein Recht darauf hat, die gleichen Bildungschancen wie die Reichen zu fordern und deren Privilegien in Frage zu stellen.

Natürlich ist die Gesamtschule alles andere als eine „sozialistische Einheitsschule". Sie ist auch nur eine Form des kapitalistischen Bildungssystems. Aber allein die Tatsache, daß sie — wie hier dargestellt — einige Vorteile für die Kinder der Werktätigen bringt und die Bildungsprivilegien der Reichen etwas ankratzt, genügt schon, um die äußerste Reaktion mit einer widerwärtigen Hetzkampagne auf den Plan zu bringen.



Ähnlich reagierte die Reaktion übrigens auch schon auf die Einführung der allgemeinen Volksschule Anfang der zwanziger Jahre, die als „Übel der Novemberrevolution" diffamiert wurde.

Allerdings ist an den Gesamtschulen durchaus nicht alles Gold, was glänzt, und es ist auch nicht zulässig, jede kritische Stimme umstandslos der reaktionären CDU/CSU-Kampagne zuzuschlagen, wie es die SPD am liebsten täte.

Die Schwächen des Kurssystems

So hat beispielsweise die Differenzierung in Grund- und Leistungskurse, die in der Regel im siebten Schuljahr einsetzt, bzw. die Einrichtung von Förderkursen für lernschwache Kinder da ihre Grenzen, wo die Kurse zu groß werden, wo der Lehrer deshalb kaum in der Lage ist, auf individuelle Probleme einzugehen. Aus diesem Grund bleiben die Kursteilnehmer immer häufiger stabile Gruppen; daß ein Schüler vom Förderkurs in Leistungskurse aufrückt, die etwa dem Gymnasium im herkömmlichen System entsprechen, wird immer seltener. Hier wird eine Chance, die die Gesamtschule durchaus bieten könnte, durch Lehrermangel vertan.

Daß dieser Vorteil bei vielen Gesamtschulen schon mehr oder weniger nur noch auf dem Papier steht, daß zunehmend Konkurrenzdenken zwischen den verschiedenen Lerngruppen wieder Platz greift, daß sich in den verschiedenen Lerngruppen eine Art „Standesdünkel" herausbildet, wie er normalerweise im herkömmlichen Schulsystem zu beobachten ist, kann jedoch dem integrierten Schulsystem so ohne weiteres nicht angelastet werden. Hier macht sich vielmehr das sämtlichen Schulen gemeinsame Problem des Lehrermangels bemerkbar. Hier werden die typischen Vorteile des integrierten Schulsystems durch Probleme ausgehöhlt, die ihren Grund im kapitalistischen Bildungssystem haben.

Verfolgt man die öffentliche Auseinandersetzung um die Gesamtschule, so erscheint die SPD in der Regel als deren Verteidigerin. Die SPD war es, die die Gesamtschule in Hamburg endlich als Regelschule eingeführt hat, die SPD war es, die in den frühen siebziger Jahren Hessen zu einem Land gemacht hat, in dem heute weitaus die meisten Gesamtschulen stehen. Und da ohnehin die meisten Gesamtschulen in den SPD/FDP-regierten Ländern stehen, trägt insbesondere die SPD die Verantwortung für die eben angesprochenen Nachteile.

SPD auf dem Rückzug

Als wir einen Gesamtschullehrer aus dem „Ruhrpott" über die Schwächen und Nachteile der Gesamtschule befragten, kam er nicht von ungefähr sogleich auf die SPD zu sprechen:

„Gegenüber den Nachteilen und Schwächen der Gesamtschule nimmt die SPD gegenüber uns Lehrern folgende Haltung ein: ‚Schweigt dazu, seid ruhig, gebt der CDU keine Munition'. Auf der anderen Seite führt sie langsam aber sicher Neuerungen ein, die die eigentlichen Vorzüge der Gesamtschule insbesondere für Arbeiterkinder aushöhlen, die eine allmähliche Angleichung an das bestehende dreigliedrige Schulsystem herbeiführen."

Nachdem er auf die schon angesprochene Übergröße der Kurse, insbesondere der Förderkurse eingegangen ist, fährt er fort: *„Außerdem soll die Differenzierung, die gegenwärtig in Klasse 7 stattfindet, noch weiter vorgezogen werden, so daß praktisch wieder eine Gliederung in die verschiedenen Schultypen innerhalb der Gesamtschule stattfindet und die Kinder also schon ab der Klasse 6 unter Umständen abgestempelt sind und man schon weiß, der kann nur den Hauptschulabschluß machen oder der eignet sich für Realschule oder Gymnasium. Das ist das erste.*

Der zweite Punkt ist die Wahl des Pflichtfaches 1; die findet bislang in der Klasse 7 statt; da haben die Schüler die Möglichkeit, entweder die Kombination Wirtschaft/Technik oder Naturwissenschaften oder eine zweite Fremdsprache als Schwerpunkt zu wählen. Auf diese Weise wird dem Schüler praktisch vorgeschrieben, welche Möglichkeiten er für den Abschluß hat. Wenn er die zweite Fremdsprache oder die Naturwissenschaften wählt, hat er später die Möglichkeit, den Realschulabschluß oder gar Abitur zu machen. Wählt er dagegen Technik/Wirtschaft, dann ist praktisch eine Qualifizierung über das Abitur ausgeschlossen, weil die dafür nötigen Bedingungen wie zweite Fremdsprache oder Naturwissenschaften nicht erfüllt sind. So wird praktisch bereits in der siebten Klasse vorweggenommen, wie die weitere Schullaufbahn aussehen wird."

Im Zuge des sich verschärfenden politischen Klimas hat die SPD ein Zugeständnis nach dem anderen an die Drahtzieher der reaktionären Hetzkampagne gemacht. Strauß, Dregger und Co. warnten lautstark vor der „sozialistischen Einheitsschule", und schon führt die SPD Schritt für Schritt rückschrittliche Regelungen in die Gesamtschule ein, um die kleinen, aber wichtigen Errungenschaften für die Arbeiterkinder, die wir im letzten *Roten Morgen* geschildert haben, auszuhöhlen und abzubauen. **Die SPD und die durch sie repräsentierten politischen Kreise haben in Sachen Gesamtschule längst den Rückzug angetreten.**

Das wird am Beispiel Hessen besonders augenfällig. Dort steht zur Zeit ein gutes Drittel aller westdeutschen Gesamtschulen. Doch das ist schon seit 1974 so. Seitdem ist keine einzige neue hinzugekommen. Der liberale Kultusminister von Friedeburg (SPD) wurde abgesetzt und durch den ehemaligen Kasseler Polizeichef Krollmann (SPD) ersetzt.

Der Coup gegen die Koop-Schule

Weiterhin gibt es zahlreiche Fälle, wo die SPD/FDP-regierten Länder den CDU/CSU-Reaktionären regelrechte Vorlagen zur Bekämpfung des integrierten Schulsystems gegeben haben. Denken wir daran, wie die Düsseldorfer Landesregierung im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen die kooperative Gesamtschule einführen wollte und wie dieser Plan unter Führung der CDU und einiger reaktionärer Elternverbände sowie unter Beteiligung des Philologenverbandes, einer Standesorganisation von Gymnasiallehrern, in einem Volksbegehren zu Fall gebracht wurde.

Kernstück der kooperativen Gesamtschule ist die *Orientierungsstufe*. Im fünften und sechsten Jahrgang wird entschieden, welchen Schultyp die Kinder endgültig besuchen. Der Form nach erinnert dieses Modell zumindest in der *Orientierungsstufe* an das integrierte Modell. Tatsächlich aber stand zu befürchten, daß die *Orientierungsstufe* in ein Gerangel um die bessere Leistung ausarten würde, in einen regelrechten Ausscheidungswettkampf um die weitere schulische Zukunft. Kein Wunder, daß die von der CDU angeleierte Kampagne auf recht großes Echo und eine rege Beteiligung stieß. Die CDU funktionierte die ganze Sache dann in einen Feldzug gegen die Gesamtschule schlechthin, insbesondere gegen die integrierte, um, die vor dem Plan zur kooperativen Schule aus guten Gründen nur schlecht in Gang gekommen war.

Überhaupt ist augenfällig, daß die meisten öffentlichen und spektakulären Aktionen im Schulstreit von den Reaktionären inszeniert werden, natürlich gegen die Gesamtschule. Für die Gesamtschule findet sich kaum ein führender Verbandsfunktionär, der zu politischen Kampfaktionen zur Verteidigung und zum Ausbau der Gesamtschulen aufruft. Täte er das, er würde eine kampfbereite Basis vorfinden, Eltern, die mit den Gesamtschulen zufriedener sind als mit dem dreigliedrigen Schulsystem, und vor allem gewerkschaftlich organisierte Lehrer, die das Wohl der Kinder, vor allem das der in unserer Gesellschaft benachteiligten Arbeiterkinder im Auge haben, die nichts mit dem Standesdünkel und der Verteidigung materieller Vorteile am Hut haben wie ihre Kollegen im reaktionären Philologenverband.

Die Haltung der KPD/ML

Die Forderung, an der sich die KPD/ML in der Schulfrage orientiert und die sie in ihr Aktionsprogramm aufgenommen hat, lautet: **„Gleiche Bildungschancen für alle Kinder!"**

●Gleiche Bildungschancen für alle Kinder!
●Für die Ganztagsschule!
●Einheitlicher Schulabschluß für alle Schüler mit anschließenden Möglichkeiten des Besuchs weiterführender Schulen! Aktionsprogramm der KPD/ML

Das herkömmliche, dreigliedrige Schulsystem ist in keiner Weise geeignet, dieser Forderung in irgendeiner Weise Rechnung zu tragen, und wird daher von der KPD/ML grundsätzlich abgelehnt. Aus einer Statistik der Bundesregierung vom April 1978 geht hervor, daß 67,7 Prozent der Kinder von Werktätigen zur Hauptschule gehen, während nur 10,4 Prozent das Gymnasium besuchen. Dagegen gehen nur 30,8 Prozent der Sprößlinge der Reichen zur Hauptschule, während 55,1 Prozent das Gymnasium besuchen. Stellt man in Rechnung, daß die werktätige Bevölkerung die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerungszahl ausmacht, so wird klar, daß das Gymnasium eine Bildungsanstalt für die bürgerliche Elite ist, von der Arbeiterkinder in großem Umfang ausgeschlossen sind.

Betrachtet man die entsprechenden statistischen Angaben für den Gesamtschulbereich, so schneiden dort die Arbeiterkinder erheblich besser ab. 35 Prozent der Arbeiterkinder sind dort in Kursen untergebracht, die etwa dem Hauptschulniveau entsprechen, während 30,1 Prozent Kurse besuchen, die dem Niveau der gymnasialen Oberstufe entsprechen.

Diese klare Verbesserung der Bildungschancen für Arbeiterkinder ist für die KPD/ML Grund genug, die Gesamtschulen bundesweit als Regelschule zu fordern: Denn ohne die Erfüllung dieser Forderung werden die CDU/CSU-regierten Länder ab 1981 das Gesamtschulabitur nicht anerkennen, was den Gesamtschulen einen ernsten Schlag versetzen würde, was vor allem ein erheblicher Rückschlag für die Bildungschancen der Arbeiterkinder wäre.

Betrachten wir nun die statistischen Angaben für das Abschneiden der Kinder der Reichen an Gesamtschulen, und vergleichen wir es mit den Angaben über die Arbeiterkinder. 25 Prozent der Kinder der Reichen sind in Kursen untergebracht, die in etwa dem Hauptschulniveau entsprechen, während 50 Prozent Kurse besuchen, die mit der gymnasialen Oberstufe vergleichbar sind. Während also weniger als ein Drittel der Arbeiterkinder auf der Gesamtschule Zugang zu qualifizierten Schulabschlüssen haben, sind es immer noch die Hälfte der Kinder der Reichen. Auch hier sind wieder die Relationen der verschiedenen Bevölkerungsschichten in bezug auf die Gesamtschule zu beachten.

Aus dieser Gegenüberstellung wird ersichtlich, daß auch die heute existierenden Gesamtschulen keineswegs die vielbeschworene Chancengleichheit bringen, und es gibt für uns keinerlei Veranlassung, sie prinzipienlos zu verteidigen.

Im gegenwärtigen Schulstreit allerdings ergreift die KPD/ML Partei für die Gesamtschule, die das beste in unserem Land existierende Schulsystem darstellt. Dabei tritt sie auch allen Tendenzen entgegen, die Gesamtschule als „Angebotsschule" zu etablieren, das heißt, den Gesamtschulen die Existenzberechtigung zwar zu bescheinigen, das herkömmliche Schulsystem aber nicht anzutasten. Diese Art von Bildungspluralismus geht eindeutig zu Lasten der Arbeiterkinder, denn heute bilden die Gesamtschulen eine verschwindende Minderheit gegenüber dem herkömmlichen Schulsystem, ein Zustand, der über den Kompromiß „Angebotsschule" zementiert würde, zugunsten der Reichen.

Die KPD/ML hat in ihrem Aktionsprogramm zwei wesentliche Bedingungen genannt, die im Kampf für Chancengleichheit erfüllt werden müssen. Da wird einmal die **Ganztagsschule** gefordert. Das ist bis auf die hessischen Gesamtschulen in fast allen Gesamtschulen der Fall. Weiter verlangt das Aktionsprogramm einen **einheitlichen Schulabschluß für alle Schüler mit anschließenden Möglichkeiten des Besuchs weiterführender Schulen.** Und genau hier liegt bei den heutigen Gesamtschulen der Hase im Pfeffer. Wie oben beschrieben wurde, werden immer mehr Merkmale des dreigliedrigen Schulsystems in die Gesamtschule übernommen, die eine immer frühere Festlegung der Kinder bzw. ihrer Eltern auf ein späteres Schulziel verlangen, was eindeutig zuungunsten der Arbeiterkinder geht, die in der Regel mit den schlechteren Bildungsvoraussetzungen an die Schule kommen.

Bezirksjugendkonferenz der ÖTV

Einstimmig für gesetzliches Verbot der Aussperrung

„Sofortige Wiedereinstellung aller von Berufsverbotsmaßnahmen Betroffenen"

RECKLINGHAUSEN.— Am 3. November '79 fand in Recklinghausen die Bezirksjugendkonferenz NW II (östliches Nordrhein-Westfalen) der Gewerkschaft ÖTV statt.

Es waren 116 stimmberechtigte Jugendelegierte aus dem östlichen Teil des Ruhrgebietes und Nordrhein-Westfalens anwesend. Die Delegierten verabschiedeten — teilweise einstimmig — eine große Anzahl von Anträgen. Die verabschiedeten Anträge gehen an die Bezirksdelegiertenkonferenz NW II sowie an die Bundesjugendkonferenz. Diese beiden Konferenzen fassen ihre Anträge dann im Hinblick auf den ÖTV-Gewerkschaftstag 1980.

Im folgenden dokumentieren wir den Initiativantrag Nr. 7, der ein gesetzliches Verbot der Aussperrung fordert und einstimmig von den 116 Jugenddelegierten verabschiedet wurde: *„Die Gewerkschaft ÖTV fordert ein gesetzliches Verbot der Aussperrung und wirkt in diesem Sinn intensiv auf die politischen Parteien und deren Abgeordnete in den Parlamenten ein.*

Begründung:
Die DGB-Gewerkschaften gehen prinzipiell davon aus, daß sich aus dem Grundgesetz der BRD prinzipiell ein Verbot der Aussperrung ergibt. Aus diesem Grunde haben mehrere Einzelgewerkschaften des DGB Gerichtsentscheide zu diesem Problem erwirkt, die allerdings überwiegend der Auffassung der Arbeitgeber und deren Verbände entsprechen und damit die Aussperrung legalisieren. Diese Rechtssprechung ist nur möglich, weil es kein eindeutiges Gesetz gibt, das die Aussperrung verbietet. Zur Sicherung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ist ein gesetzliches Verbot der Aussperrung dringend notwendig."

Ebenfalls einstimmig wurde ein Antrag verabschiedet, in dem es heißt: *„Alle Gremien der ÖTV werden aufgefordert, sich mit allen Mitteln gegen Bespitzelungspraktiken der Verfassungsschutzämter zu wehren."* Der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft wird in dem Antrag beauftragt, *„die Bundesregierung aufzufordern, jegliche verfassungsschutzmäßigen ‚Überprüfungen' von Betriebsräten, Personalräten und Jugendvertretern sofort einzustellen".*

Ein Antrag mit dem Titel „Entschließung zur Atomenergie" fordert den *„Betriebs- und Baustopp aller Atomanlagen"* und den *„Vorrang der Steinkohle bei der Stromerzeugung".*

Ein weiterer Antrag, der sich gegen die Berufsverbote wendet, enthält die folgenden Forderungen:

- *„Ersatzlose Aufhebung des Ministerpräsidenten-Beschlusses von 1972 und aller in seiner Folge erlassenen Richtlinien.*
- *Sofortige Einstellung und Rehabilitierung aller von Berufsverbotsmaßnahmen Betroffenen.*
- *Sofortige Beendigung der verfassungswidrigen Schnüffelpraxis des Verfassungsschutzes. Vernichtung der über die Betroffenen angelegten Akten.*
- *Keine Berufsverbote und Benachteiligung wegen der Mitgliedschaft oder Betätigung in Gewerkschaften, in Parteien und Organisationen.*
- *Angehörige rechtsradikaler Organisationen dürfen nicht in den öffentlichen Dienst."*

Es wurden noch eine Reihe weiterer Anträge verabschiedet, die unter anderem folgende Forderungen enthalten:

- *Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich*
- *Das Verbot aller neofaschistischen Aktivitäten.*
- *Schluß mit dem Abbau von Krankenhausbetten und der Schließung von Krankenhäusern.*

1978: Die Druckereiarbeiter demonstrieren für das Verbot der Aussperrung

DGB Hessen

Landesweite Aktivitäten gegen Aussperrung

GIESSEN.— Am Samstag, den 3. Oktober begann in Grünberg bei Gießen eine landesweite Initiative des DGB Hessen gegen die Aussperrung.

Zu einer zentralen Veranstaltung, die den Auftakt der Kampagne bildete, hatten sich in der Gallushalle in Grünberg rund 700 Kollegen, Vertrauensleute, Jugendvertreter sowie Betriebs- und Personalräte versammelt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Unternehmerpolitik gestern und heute: erst ausbeuten, dann aussperren! Unternehmer ändern nichts, aber wir! Kampf der Aussperrung!"

Der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Richert kündigte für den Fall erneuter Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer in Hessen entschiedene Protestaktionen und Solidaritätsstreiks auch solcher Belegschaften und Gewerkschaften an, die nicht von Streik und Aussperrung betroffen seien.

Die Notwendigkeit solcher Gegenmaßnahmen gegen Aussperrungen wurde auch von einer Reihe weiterer Funktionäre verschiedener DGB-Gewerkschaften vertreten, die auf der Veranstaltung als Redner auftraten. So zum Beispiel von Detlev Hensche, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier.

Im Rahmen der Kampagne wird eine Veranstaltungsserie in allen DGB-Kreisen Hessens durchgeführt. Außerdem wird ein Flugblatt des DGB-Landesbezirks unter der Bevölkerung verbreitet, das die Überschrift trägt: „Würden Sie sich aussperren lassen?" Das Flugblatt appelliert an die Bürger, gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Verurteilung der Aussperrung einzutreten. Allerdings fehlt dieForderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung, wie sie bereits von vielen gewerkschaftlichen Gremien ausdrücklich gegenüber der DGB-Führung erhoben wurde.

IGM-Vertrauensleute zur Lohnrunde

12 Prozent, mindestens aber 200 Mark mehr!

Ein Teil der Kollegen ist für höhere Forderungen

DUISBURG.— Am Mittwoch vergangener Woche faßte der Vertrauenskörper der IG Metall im Mannesmann-Hüttenwerk Duisburg-Huckingen eine Entschließung zur anstehenden Lohnrunde.

Die Entschließung richtet an die Große Tarifkommission der IG Metall die Forderung, Einkommenssteigerungen um 12 Prozent, mindestens aber um 200 Mark monatlich durchzusetzen. Die Laufzeit des abzuschließenden Tarifvertrages soll zwölf Monate betragen.

Damit folgte der Vertrauenskörper einer Empfehlung der Vertrauenskörperleitung. In der Belegschaft und auch im Vertrauenskörper war zuvor auch eine höhere Forderung, nämlich 14 Prozent, breit in der Diskussion. Ein Teil der Kollegen ist der Meinung, daß bei der verschärften Arbeitsbelastung und der anhaltenden Teuerung 12 Prozent nicht ausreichend sind.

Auf der Vertrauenskörpersitzung wurde über beide Vorschläge abgestimmt. Dabei stimmte etwa ein Viertel der Kollegen gegen die Empfehlung der Vertrauenskörperleitung.

***

WESTBERLIN.— Auch der Vertrauenskörper der IG Metall in der Kraftwerks-Union (KWU) in Westberlin richtete an die Große Tarifkommission die Forderung nach 12 Prozent, mindestens aber 200 Mark mehr Lohn- und Gehalt. Die Kollegen bei KWU fordern ferner, daß die Laufzeit des Tarifvertrages zwölf Monate nicht überschreiten darf. Die Jugendvertretung bei KWU will noch eine Forderung für die Auszubildenden aufstellen und sie direkt an die Ortsverwaltung der IG Metall weiterleiten.

Ein Teil der IGM-Vertrauensleute bei KWU setzte sich statt für die verabschiedete 12-Prozent-Forderung für folgende Forderung ein: 220 Mark Sockelbetrag plus 6 Prozent.

Auch bei Gilette in Westberlin haben die Vertrauensleute über die Lohnforderungen beraten. Ihre Forderung: 13 Prozent mehr Lohn und Gehalt; Wegfall der Lohngruppen 1 und 2; Vereinbarung einer Preisgleitklausel.

Kurz berichtet

Streik der Tischlergesellen?

KIEL.— Ein Tarifvertrag, der zwischen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in Norddeutschland und den Verbänden des Tischlerhandwerks bereits zustandegekommen war, scheiterte zehn Minuten vor dem Ende der Erklärungsfrist. Überraschend zogen die Verbände ihre Einwilligung zurück. Der Tarifvertrag hätte den Tischlergesellen 6,9 Prozent mehr Lohn gebracht. Der Bezirksleiter der GHK, Jürgen Zühlsdorff, erklärte:

„Hier soll uns durch das Kartell der Arbeitgeber auf Bundesebene klargemacht werden, daß wir nicht auf der Lohnmarge liegen, die diese Herren für richtig halten."

Erfolg des Streiks bei Kammerich

BIELEFELD.— Das Kammerich-Stahlformwerk des Mannesmann-Konzerns in Bielefeld-Brackwede bleibt erhalten. Auch weiterhin sollen hier LKW-Achsen und andere Zubehörteile für die Automobilindustrie hergestellt werden. Der Bau der neuen Fließpresse, der gestoppt worden war, soll jetzt doch fortgesetzt werden. Das gab die Unternehmensleitung vor kurzem bekannt.

Wie der *Rote Morgen* ausführlich berichtet hatte, war am 17. August dieses Jahres die 450 Mann starke Belegschaft des Werkes gegen den Willen der IGM-Ortsverwaltung in einen sechs Tage andauernden spontanen Streik getreten. Der Streik war die Antwort der Belegschaft darauf, daß der Bau der neuen Fließpresse unterbrochen worden und Pläne über eine Verlagerung der Produktion ins Ruhrgebiet bekannt geworden waren. Außerdem war bekannt geworden, daß der Mannesmann-Konzern sich die Verlagerung mit Millionenbeträgen aus der staatlichen Strukturförderung vergolden lassen wollte.

Imhoff droht mit Schließung von Sprengel

HANNOVER.— Vor kurzem hat der berüchtigte Kölner Schoko-König Hans Imhoff, Herr über die Stollwerck-Gruppe (größter deutscher Süßwarenkonzern), in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die traditionsreiche Schokoladenfabrik Sprengel in Hannover aufgekauft. Kaum hatte sich Imhoff das Unternehmen unter den Nagel gerissen, entwickelte er einen Rationalisierungsplan. Und zwar soll die Pralinenproduktion aus dem Hannoveraner Stammwerk verschwinden oder auch — wie Imhoff es darstellt — in das Zweigwerk in Hannover-Vinnhorst verlagert werden. Dadurch droht die Vernichtung von 400 der 1000



Schokoladenfabrikant Imhoff

Arbeitsplätze bei Sprengel. Imhoff verlangt für diesen Rationalisierungsterror auch noch staatliche Subventionen. Leistet die „öffentliche Hand" nicht einen „angemessenen Beitrag für die Umstrukturierungsmaßnahmen" — so droht der Schokoladenkönig eiskalt — dann könne die Produktion in Hannover nicht aufrechterhalten werden.

Disziplinarmaßnahmen gegen GEW-Funktionär

HANNOVER.— Gegen fast alle Mitglieder der niedersächsischen GEW-Führung hat der Landeskultusminister des Kabinetts Albrecht, Remmers, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Grund: In Niedersachsen hat die GEW — wie auch in Hamburg und in Hessen — für Dienstag dieser Woche die Lehrer zu einem zweistündigen Warnstreik aufgerufen, um der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und nach besseren Lernbedingungen Nachdruck zu verleihen. Remmers schloß nicht aus, daß den betreffenden Vorstandsmitgliedern der GEW, größtenteils Schulleiter, die Führung ihrer Dienstgeschäfte untersagt werden könnte. Auch in anderen Bundesländern versuchen die Landesregierungen mit disziplinarischen Maßnahmen den Kampf der Lehrer für ihre Forderungen zu unterdrücken.

In Hamburg führte die GEW eine Urabstimmung über den geplanten Warnstreik durch. Dabei haben sich 81,2 Prozent der in der GEW organisierten Lehrer für den Streik ausgesprochen.

Manipulation mit der Teuerungsrate

Eine kritische Betrachtung zum amtlichen Preisindex

Monat für Monat wird vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden eine Prozentzahl über den Anstieg der Verbraucherpreise präsentiert: der „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte". An diesen Angaben — sie beziffern den Preisanstieg vom Oktober '79 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres auf 5,7 Prozent — orientieren die DGB-Führer ihre Lohnpolitik.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Angaben aus Wiesbaden geben die Verteuerung der Lebenshaltungskosten für die Haushalte der Arbeiter oder kleinen Angestellten nicht korrekt wieder. Das wirkliche Ausmaß der Teuerung wird durch sie stark heruntergespielt. Dementsprechend wundert sich dann die Hausfrau oder der Hausmann, daß das Loch in der Haushaltskasse größer ist, als die offizielle Teuerungsrate vermuten ließe.

Der Zentrale Vorstand der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition hat daher vor kurzem eine eigene Berechnung über die Verteuerung der Lebenshaltung herausgegeben, wobei ein Warenkorb zugrundegelegt wurde, der auf einen durchschnittlichen Arbeiterhaushalt zugeschnitten ist. Ergebnis: nicht um 5,7 Prozent, wie das Statistische Bundesamt angibt, hat sich die Lebenshaltung in den letzten zwölf Monaten verteuert, sondern um ca. 12,5 Prozent.

Mit verdeckten Karten

Läßt sich die Manipulation beim amtlichen Preisindex konkret nachweisen? In den Einzelheiten und ganz exakt ist das schwerlich zu machen. Der Grund: Das Wiesbadener Amt veröffentlicht kaum Zahlen, die genauen Aufschluß darüber geben, wie die angegebene Teuerungsrate im einzelnen errechnet wurde. Wohl nicht ohne Grund wird hier mit verdeckten Karten gespielt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß in Wiesbaden mit gefälschten Zahlen operiert würde. So liegen die Dinge hier nicht. Der Teufel steckt auch hier, wie in so vielen anderen Fällen, bereits im ganzen System, will sagen, in der Art und Weise der Preiserhebung aber auch in der Konstruktion und Zusammensetzung des Warenkorbs.

Schon allein die Tatsache, daß viele Erhebungsbögen von den Unternehmern selbst ausgefüllt und von den Preisermittlern lediglich noch abgeholt werden, wirft ein Licht auf die Vorgehensweise des Bundesamtes.

Im folgenden sollen einige Praktiken bei der Erstellung des Preisindexes durch das Bundesamt in Wiesbaden beleuchtet werden, an denen sich erkennen läßt, daß da mit System manipuliert wird. Dies scheint uns auch deshalb notwendig, weil zur Zeit gerade in Wiesbaden die Berechnungsgrundlagen für den Preisindex neu überarbeitet, das heißt den geänderten Verbrauchsverhältnissen angepaßt werden.

Der „Warenkorb", der bis heute als Basis für die Berechnung der Teuerungsrate herhalten muß, hat das Baujahr 1969. Jetzt endlich soll er neu geflochten werden. Allerdings nicht aufgrund von Erhebungen aus dem Jahr 1979 (wo sich ja durch die drastische Verteuerung des Heizöls die Verbrauchsverhältnisse erhebliche gewandelt haben) sondern aus dem Jahr '76.

Munition für Tarifverhandlungen

Schon die Neuerstellung des Warenkorbs ist keineswegs eine Angelegenheit ohne politische Brisanz. Durch die entsprechende Festlegung der Wägungsanteile für die verschiedenen im Warenkorb enthaltenen Güter bzw. Dienstleitungen kann bereits eine statistische Verzerrung der realen Teuerung vorprogrammiert werden. Ebenso auch durch die Zusammenstellung der Waren.

Die Zeitung *Frankfurter Rundschau* (Ausgabe vom 6. November, Wirtschaftsteil) weist in diesem Zusammenhang nicht ohne Hintergründigkeit auf das Interesse hin, das „*Politiker und Arbeitgebervertreter*" einer „richtigen" Zusammenstellung des neuen Warenkorbs entgegenbringen: „*Für sie ist wichtig, daß kein neuer Teuerungsimpuls signalisiert wird und Arbeitnehmervertreter keine zusätzliche Munition für die kommenden Tarifverhandlungen erhalten.*"

Interessant ist auch folgender Hinweis in der *Frankfurter Rundschau:* Der Kieler Wissenschaftler Norbert Walter rechnet damit, daß die Anpassung des Warenkorbs an die von 1969 bis 1976 eingetretenen Veränderungen (vor allem die auch bis dahin schon enorm gestiegenen Heizöl- und Benzinpreise) eine Korrektur der Preissteigerungsrate für Oktober 1979 nach oben bewirken: von 5,7 auf 6,5 Prozent. Diese Schätzung bedeutet, daß allein schon durch die Veraltung des Warenkorbs die Statistik inzwischen ganz erheblich unter der wirklichen Teuerungsrate bleibt.

Seltsam ist, daß die Verantwortlichen für die Umstellung des Warenkorbs im Wiesbadener Bundesamt erklärt haben, diese Schätzung des Kieler Wissenschaftlers hielten sie „rein gefühlsmäßig" für zu hoch gegriffen; vielmehr würden andere Faktoren die Auswirkungen der Mineralölverteuerung wieder neutralisieren.

Makrele statt Bückling

Nehmen wir jetzt aber einmal ein Beispiel aus dem noch bestehenden Warenkorb, um daran eine Möglichkeit für gewollt oder ungewollt eingebaute Verzerrungen zu zeigen: die Wohnungsmieten. Ohne Heizkosten und Wassergeld, jedoch inklusive der anderen Nebenkosten wie Müll, Abwasser, Treppenhausbeleuchtung sind sie mit einem Wägungsanteil von nur knapp 12,4 Prozent angesetzt. Da der gesamte Warenkorb im Juli '79 einen finanziellen Umfang von 2041 Mark hatte, würde demnach die durchschnittliche Wohnungsmiete einschließlich der genannten Nebenkosten bei ca. 250 Mark pro Haushalt liegen. Das ist jedoch zu niedrig.



Beim Einkaufen müssen die Werktätigen immer tiefer ins Portemonnaie greifen.

Nun haben aber seit dem Bestehen des Warenkorbs die Mietpreise stärker angezogen als sich die gesamte Lebenshaltung durchschnittlich verteuerte. Das bedingt eine statistische Verzerrung beim Preisindex nach unten hin. Wäre der Mietkostenanteil am gesamten Warenkorb realistischer angesetzt worden, so hätte sich der gesamte Warenkorb stärker verteuert als dies jetzt der Fall ist.

Ein weiterer Faktor für Verzerrungen liegt in der Auswahl der Waren. So dürfen zum Beispiel Arbeiter oder Angestellte, die sich des öfteren Anschaffungen wie LKW-Reifen, eine halbe Büroeinrichtung oder die Ausstattung für ein halbes Sinfonieorchester leisten, ziemlich dünn gesät sein. Dennoch sind die genannten Posten Bestandteil des Warenkorbs.

Hart an der Grenze zur offenkundigen Manipulation ist es, wenn man in Wiesbaden neuentwickelte, hochwertige Konsumgüter verfrüht in den Warenkorb einbaut, obwohl sie zunächst noch sehr teuer und damit für den Großteil der Bevölkerung unerschwinglich sind. Ein Beispiel dafür waren Farbfernsehgeräte, als sie auf den Markt kamen. Die Herstellung solcher Güter durchläuft noch einen technischen Reifeprozeß, so daß sie mit der Zeit erheblich billiger werden. Diese Verbilligung drückt nun den Wiesbadener Preisindex nach unten, obwohl sie für die Mehrzahl der Haushalte nichts als Schall und Rauch ist. Die meisten Verbraucher hatten sich nämlich solange an Schwarz-Weiß-Geräte gehalten, bis die Farbfernseher billiger wurden.

Ein weiterer fauler Trick ist es, wenn willkürlich Waren gegeneinander ausgetauscht werden. So wurde im vergangenen Jahr die Indexware Bückling, deren Preis plötzlich die Eigenschaft annahm, raketenhaft zu steigen, fix gegen geräucherte Makrele ausgewechselt. Auf diese Weise ging der Höhenflug des Bücklings am Wiesbadener Preisindex spurlos vorbei.

Die wohl wirkungsvollste Methode, den Preisindex zu frisieren, dürfte in den sogenannten Bisiskorrekturen liegen. Werden etwa in eine Wohnung Lärmstoppfenster eingebaut, und der Hausbesitzer erhöht anschließend die Miete, so wird diese Mieterhöhung bei den Preiserhebungen der Wiesbadener Statistiker gar nicht registriert. Begründung: Es handele sich in diesem Fall um keine echte Preiserhöhung, weil die Qualität der Ware (in diesem Fall der Wohnung) verbessert worden sei.

Hat man jedoch auf der anderen Seite die ständige Qualitätsverschlechterung der Wohnung in Rechnung gestellt, die zuvor durch den immer mehr ansteigenden Verkehrslärm bedingt war? Keineswegs!

In Frankreich haben sich die gewerkschaftlich organisierten Angestellten des Statistischen Zentralamtes ob solcher und ähnlicher Ungereimtheiten öffentlich von ihren eigenen Berechnungen distanziert, die durchzuführen sie beruflich gezwungen waren. Die Gewerkschaft CGT gibt einen eigenen Preisindex auf der Grundlage eigener Berechnungen heraus, um sich nicht auf den anrüchigen staatlichen berufen zu müssen.

Der DGB tut dies bekanntlich nicht. Das Vertrauen der DGB-Führung in die amtliche Preisstatistik scheint grenzenlos zu sein. Oder sollte es etwa daran liegen, daß die DGB-Führung selbst an einem heruntermanipulierten Preisindex interessiert ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kein Wegfall von Arbeitsplätzen!

Telefunken darf nicht sterben!

Unter diesen Forderungen demonstrierten am Freitag den 2.11.79 3000 AEG-Kollegen in Hannover, nachdem bekannt geworden war, daß allein in Hannover 1300 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen. Der Vorstand in Frankfurt schweigt sich aus. Angeblich liegt noch nichts fest. Doch bereits auf der letzten Aufsichtsratssitzung am 25.10.79 wurde Cipas Sanierungsplan in seinen Einzelheiten besprochen. Als Kernstück ist geplant:

1980 13 000 Arbeitsplätze zu vernichten!

Cipas Plan

Außer den 1300 Entlassungen bei AEG Kanis sollen jetzt noch drei weitere Werke geschlossen werden: Telefunken Hannover Werk II, AEG Eßlingen Kleinmotoren, AEG Konstanz Rechnerproduktion, dazu kommen Entlassungen in den einzelnen Unternehmensbereichen:

Unternehmensbereich Energie- und Industrietechnik	1500 Entlassungen
Olympia	1300 Entlassungen
Zentralvorstand und regionale Verwaltung	2300 Entlassungen
Unternehmensbereich Unterhaltungselektronik	800 Entlassungen
Unternehmensbereich Nachrichtentechnik	1200 Entlassungen
Unternehmensbereich Haushaltsgeräte	2000 Entlassungen
Unternehmensbereich Serienprodukte	500 Entlassungen

Flugblatt der RGO für die AEG-Kollegen

AEG-Konzern-Sanierung

Cipas Plan muß weg!

RGO ruft zu Solidaritätsaktionen auf

KASSEL.— Wozu die IG-Metall-Führung offenkundig nicht willens ist — die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) hat es jetzt selbst gemacht: ein Flugblatt für die gesamte Konzernbelegschaft von AEG.

Das RGO-Flugblatt informiert die Kollegen im einzelnen über die Stillegungs- und Rationalisierungsprojekte von Cipa und Co. Und es ruft zum entschiedenen Kampf gegen diese Pläne, für die Erhaltung der Arbeitsplätze auf. Unter anderem heißt es in dem Flugblatt: *„Organisieren wir einen gemeinsamen Warnstreik aller AEG-Betriebe am 3. Dezember, am Tage der Aufsichtsratssitzung. Fordern wir unsere Betriebsräte auf, gemeinsam mit anderen Betrieben die Aktionen zu koordinieren. Doch eins Kollegen: Wir wissen aus Erfahrung, daß eine ganze Reihe von Betriebsräten dazu nicht bereit sind. Es gibt sogar welche, die nur ihren Betrieb sehen und das Wort Solidarität nicht mehr kennen. Lassen wir uns davon nicht abhalten, selbst Verbindungen zu anderen AEG-Betrieben herzustellen. Wir von der RGO werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß ein einheitlicher und gemeinsamer Widerstand organiseirt wird."*

Nordelbische Kirche

Tarifvertrag segnet Streikverbot und Lohnkürzung ab

Auch Entlassung aus weltanschaulichen Gründen ist zulässig

KIEL.— Als erste evangelische Kirchenleitung in der Geschichte des christlichen Abendlandes schloß die nordelbische Synode für die rund 7 000 Arbeiter und Angestellten der nordelbischen evangelischen Kirche einen Tarifvertrag. Die nordelbische Kirche hatte dafür eigens einen Arbeitgeberverband, den „Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger Nordelbiens" gegründet.

Tarifpartner waren die ÖTV, die DAG und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Die Unterzeichner des Tarifvertrages sprachen von einem „historischen Datum mit Signalwirkung". Doch ein kurzer Blick auf den Inhalt des historischen Vertrages läßt einem die Haare zu Berge stehen.

Der Tarifvertrag verbietet einen Streik bis 1986! Eine Schlichtungsvereinbarung konstituiert den Zwang zur Tarifeinigung! Außerdem wurde tarifvertraglich die Möglichkeit zur Lohnkürzung vereinbart, nämlich dann, wenn das Kirchensteueraufkommen zurückgeht. Weiter waren sich die Tarifpartner darin einig, daß der Kirchenaustritt eines kirchlichen Mitarbeiters einen Kündigungsgrund darstellt.

Es ist eine Schande, daß zwei DGB-Gewerkschaften ihre Unterschrift unter einen solchen Schandvertrag gesetzt haben, der die vollständige Rechtlosigkeit der Arbeiter und Angestellten auch noch tarifvertraglich sanktioniert.

Die verantwortlichen Kirchenfürsten haben Verträge durchgesetzt, mit denen elementare demokratische Rechte, wie das Streikrecht, schlichtweg ausgeschaltet werden. Und die gleichen Herren predigen Sonntag für Sonntag von ihren Kanzeln über die Nächstenliebe.

Was dem Faß den Boden ausschlägt: Dem Vorsitzenden der Nordelbischen Synode, Bischof Hübner, war selbst dieser Tarifvertrag zu unchristlich. Ihm wäre es lieber gewesen, man hätte erst gar keinen geschlossen. Er ist aus Protest zurückgetreten. Soll er ins Mittelalter zurück, wo er und seinesgleichen hingehören. Unter demokratisch gesinnten Menschen haben derlei graue Eminenzen nicht das geringste verloren.

Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen

Keine US-Raketen auf deutschem Boden!

Am Wochenende hat das niederländische Parlament nach zweitägiger Debatte einen Antrag der sozialdemokratischen Partei der Arbeit abgelehnt, in dem gefordert wurde, die Entscheidung über eine Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen um zwei Jahre hinauszuschieben und vorher mit dem Warschauer Pakt in Verhandlungen einzutreten.

Es geht darum, daß die amerikanischen Imperialisten in verschiedenen europäischen NATO-Ländern atomare Mittelstreckenwaffen, und zwar die Pershing-II-Rakete und den Marschflugkörper Cruise missile, stationieren wollen. Bislang haben sie „nur" taktische Atomwaffen von geringer Reichweite in Westeuropa. Mit den neuen Waffen könnten jedoch alle Ziele im europäischen Teil der Sowjetunion und den anderen Ländern des Warschauer Pakts angegriffen und vernichtet werden.

Wie schon bei den jetzt vorhandenen Atomwaffen, so soll auch bei dem geplanten Mittelstreckenprogramm der größte Teil — nämlich **alle** 108 Pershing-II-Raketen — auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden. Und auch diese neuen Massenvernichtungswaffen würden dem Kommando Washingtons unterstehen, über ihren eventuellen Einsatz entscheiden alleine (ob mit oder ohne Zustimmung der betreffenden europäischen Regierungen) die Strategen der amerikanischen Supermacht.

Mitte Dezember wird die NATO-Sitzung stattfinden, auf der über Produktion und Stationierung der Mittelstreckenraketen entschieden werden soll. Die niederländische Regierung wird also bei der Sitzung für die neuen Waffensysteme stimmen. Damit ist auch die letzte Bedingung gefallen, die von Bonn noch an ein Ja für die amerikanischen Pläne geknüpft wurde. Erst kürzlich hatte Schmidt die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung bekräftigt. Allerdings, was die Stationierungsländer für die neuen Atomraketen beträfe, so „müssen das viele nicht-nukleare Länder sein, nicht nur wir allein. Dies kommt nicht in Frage. Wenn es gemacht werden muß, dann muß das Risiko von allen getragen werden".

Daß „es" gemacht werden muß — das ist für die Bundesregierung eine ausgemachte Sache. Um die neue Stufe atomarer Aufrüstung zu begründen, haben sie die Lüge von der „Raketenlücke" gefunden (siehe Artikel auf dieser Seite). Und über das Risiko, das nun wir und die Völker der Nachbarländer zu tragen haben, läßt sich der Kanzler erst gar nicht weiter aus. Andere SPD-Politiker sind da schon deutlicher geworden.

So sagte der SPD-Fraktionsführer Wehner vor einigen Monaten in einem Rundfunkinterview: „Die Bundesrepublik kann kein Trägerschiff für Waffen werden, die von anderen gar nicht anders aufgefaßt und auch dann verstanden werden und ihnen die Legitimität dafür geben könnten, so muß man also schießen auf dieses Trägerschiff... Wir sollten nicht — unter welchen Vorwänden immer — uns zur Zielscheibe für welche Seite immer machen."

Damit hat Wehner immerhin das von Schmidt angesprochene Risiko deutlich umrissen. Im Klartext heißt das doch: Die amerikanischen Imperialisten könnten mit den neuen Vernichtungswaffen vom Boden unseres Landes aus einen verheerenden Atomkrieg gegen die andere Supermacht führen. Sie brauchten dazu nicht die in den USA stationierten Interkontinentalraketen einzusetzen. Die Pershing II können ja — wie gesagt — auch jedes Ziel erreichen. Es liegt auf der Hand, daß sich die Strategen im Pentagon gemäß der NATO-Doktrin vom „flexiblen Gegenschlag" ausrechnen, daß sich ein solcher Atomkrieg dann auf Europa begrenzen ließe, daß also die sowjetische Supermacht nur die amerikanischen Positionen in Westeuropa, nicht aber die Raketenstützpunkte in den USA selbst angreifen würde.

Das Risiko also hätten wir zu tragen — die atomare Vernichtung ganzer Landstriche in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR und in anderen Ländern Europas. Breschnew selbst hat bei seinem Besuch in Ostberlin diese Perspektive klar zum Ausdruck gebracht, als er sagte, die Stationierung der Mittelstreckenraketen würde „auch die Gefahr eines Gegenschlages gegen die BRD selbst um ein Vielfaches erhöhen, sollten diese neuen Waffen einmal von ihren Herren und Gebietern eingesetzt werden".

Sehen wir einmal davon ab, daß Breschnew bei dieser Drohung demagogisch von einem **Gegenschlag** sprach. Die Häupter der beiden imperialistischen Supermächte — wenn sie mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen — versuchen ja immer den Eindruck zu erwecken, als würden sie niemals **als erste** den Einsatzbefehl geben. Aber ob es Washington oder Moskau ist, von wo aus im Ernstfall der erste Schlag ausgeht — Tatsache ist, daß die neuen amerikanischen Atomraketen die Kriegsgefahr für Europa drastisch erhöhen würden. Tatsache ist, daß ihre Stationierung unter dem Kommando des Pentagon unser Land noch enger in die NATO eingliedern und noch weiter unter den militärischen und politischen Einfluß der amerikanischen Supermacht bringen würde. Und Tatsache ist schließlich, daß diese Waffen eine lebensbedrohende Gefahr für unser Volk und die Völker Europas darstellen.

Aber trotz dieser Tatsachen zögert die Bundesregierung nicht, unser Land noch weiter zur Abschußrampe für amerikanische Atomraketen zu machen. Nach den eingangs erwähnten Bedenken in der SPD hat sich nun in dieser für unser Volk so wichtigen Frage eine reaktionäre Koalition aus allen Bonner Parteien gebildet. Die Zustimmung für die amerikanischen Pläne, auf die man sich jetzt in Bonn geeinigt hat, ist nur so zu erklären, daß die westdeutschen Imperialisten in ihnen eine Möglichkeit wittern, selbst in den Besitz von Atomwaffen zu kommen. Sie haben ja ihre revanchistischen Ziele gegenüber der DDR und Osteuropa nie aufgegeben. Das hat jüngst erst wieder die Tatsache gezeigt, daß die offenen Vertreter der Reaktion wie Strauß und Co. nach wie vor auf der Existenz eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 beharren.

US-Marschflugkörper „Cruise missile", von einem U-Boot abgeschossen.

An der Seite der amerikanischen Supermacht, mit den amerikanischen Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik, hoffen die westdeutschen Revanchisten in einem kommenden imperialistischen Krieg ihre Ziele zu verwirklichen. Und dafür nehmen sie das von Schmidt erwähnte Risiko in Kauf, das in Wahrheit ein Risiko für uns Werktätige ist. Denn während die Monopolherren und ihre Bonner Vertreter sich in einem solchen Fall in ihre Atombunker zurückziehen könnten, wären wir den Zerstörungen eines Atomkriegs schutzlos ausgeliefert.

Unter diesen Bedingungen ist es eine dringende Notwendigkeit, daß die Werktätigen in unserem Land den Kampf aufnehmen, um den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Unsere Partei unterstützt nach allen Kräften einen solchen Kampf und alle Bestrebungen, die geeignet sind, die nationalen Interessen unseres Volkes zu wahren und zu verhindern, daß Deutschland zum Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges wird.

In ihrem Aktionsprogramm fordert die KPD/ML:

Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden! Einstellung des Baus aller Angriffswaffen, Verschrottung der vorhandenen!

Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der EG und Neutralitätserklärung der Bundesrepublik!

Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden!

Nichtangriffserklärung beider deutscher Staaten und die volle staatliche Anerkennung der DDR!

„Raketenlücke" und SALT-Verhandlungen

In der Diskussion über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen ist jetzt allenthalben von der sogenannten „Raketenlücke" die Rede. Sie wurde jüngst von NATO-Strategen „entdeckt" und bezeichnet den Bereich von Atomwaffen mittlerer Reichweite. Und die Lücke, um die so viel Geschrei gemacht wird, besteht angeblich in der Mittelstreckenbewaffnung der NATO.

Immer häufiger treten in der letzten Zeit Generäle undRegierungsvertreter des westlichen Militärblocks an die Öffentlichkeit und verweisen auf die „bedrohliche" Aufrüstung der Sowjetunion mit Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 (Reichweite 2700 bis 4500 Kilometer). Dem, so erklären sie, hätte die NATO nichts entgegenzusetzen. Und zudem wären diese Waffen auch nicht Gegenstand der SALT-Verhandlungen zwischen Moskau und Washington.

Letzeres zumindest ist richtig. Bei SALT wird nämlich nur um die sogenannten strategischen Atomwaffen (mit sehr großer Reichweite) gepokert, vor allem um die interkontinentalen Raketensysteme der beiden Supermächte. Das Gerede über die Raketenlücke soll nun den Eindruck erwecken, daß es einen Bereich — den strategischen — gäbe, in dem sich die beiden Supermächte mit den SALT-Verhandlungen gegenseitige Beschränkungen auferlegen. Und daneben gäbe es den Mittelstreckenbereich, der von Keinerlei Verhandlungen erfaßt sei und in dem Moskau nun wild aufrüsten und dadurch das bei SALT erreichte Gleichgewicht stören würde.

Diese Argumentation jedoch stimmt hinten und vorne nicht. Zunächst einmal sind die SALT-Gespräche weder wirkliche Abrüstungsverhandlungen noch Verhandlungen über eine Begrenzung der Rüstung bei strategischen Atomwaffen. SALT hat nämlich immer nur eine Obergrenze festgelegt, bis zu der die beiden Supermächte in dem vereinbarten Zeitraum dem vereinbarten Zeitraum **aufrüsten** konnten. Und wie hoch diese Grenze gesteckt war, kann man aus einem Vergleich des amerikanischen Vernichtungspotentials vor und nach der ersten Runde der Verhandlungen (SALT I) erkennen. Beim Inkrafttreten von SALT I verfügten die USA über 6000 atomare Sprengköpfe, nach dem Auslaufen von SALT I sind es 11000. Die amerikanische Supermacht hat also während der Dauer dieses Vertrages ihren Bestand an Sprengköpfen fast verdoppelt. Ähnliche Zahlen gibt es auch für die andere Supermacht. Dieses Ergebnis zeigt doch in erschreckender Deutlichkeit eine unbestreitbare Tatsache: ob mit oder ohne Verhandlungen, beide Supermächte legen sich nicht die geringsten Beschränkungen auf, im Gegenteil, sie rüsten wie nie zuvor.

Und wie sieht es dabei mit der Über- oder Unterlegenheit der einen oder anderen Seite aus? Zunächst einmal — in keinem anderen Bereich wird so sehr mit erfundenen oder gefälschten Zahlen gearbeitet wie hier, wo jede Seite „beweisen" will, daß sie der anderen unterlegen ist, also einen kräftigen Bedarf an „Nachrüstung" habe.

Ein Beispiel: Im kürzlich veröffentlichten Weißbuch des Bonner Kriegsministeriums werden die Gesamtzahlen derjenigen Träger, die atomare Sprengköpfe über 1000 Kilometer weit befördern können, für beide Militärblocks gegeneinander aufgerechnet. Dabei haben die Herren aus Apels Ministerium für die NATO 386 und für den Warschauer Pakt 1370 Träger errechnet. Paul Doley, Berater von Präsident Carter, kommt für die gleiche Sache zu folgenden Zahlen: 1428 Träger bei der NATO und 2133 beim Warschauer Pakt. Das Londoner Institut für Strategische Sudien schließlich, das gegenwärtig von einem früheren Mitarbeiter des Bonner Kriegsministeriums geleitet wird, kommt wieder zu einem anderen Ergebnis. Das Institut gibt für die NATO 960 und für den Warschauer Pakt 1039 Träger an.

Wie man sieht — die vollständige Willkür. Wobei auffällig ist, daß vom Londoner Institut, das nicht direkt einer Regierung unterstellt ist, eine annähernd gleiche Bewaffnung angegeben wird, während die Regierungen in Bonn und Washington beim Warschauer Pakt kräftig drauflegen — allerdings mit völlig verschiedenen Zahlen.

Ähnlich wie in diesem Beispiel verhält es sich auch bei der „Raketenlücke", also im Bereich der sogenannten taktischen Atomwaffen, zu denen auch die Mittelstreckenraketen gehören. Hier gibt das erwähnte Weißbuch der bundesregierung eine Überlegenheit des östlichen Kriegsblocks von 3,5 zu 1 an. Im Weißbuch sind die taktischen Atomwaffen nach dem Muster der NATO-Statistiken in drei Bereiche je nach ihrer Reichweite untergliedert. Eine Studie, die in der letzten Woche vom Hamburger Institut für Friedensforschung (Leiter: Exgeneral Baudissin) veröffentlicht wurde, kommt allerdings zu ganz anderen Ergebnissen als das Weißbuch. Es errechnete für zwei der erwähnten Bereiche sogar eine Überlegenheit der NATO.

Diese Unterschiede resultieren vor allem daher, daß in der Studie des Instituts auch solche Waffensysteme aufgezählt werden, die von den Autoren des Weißbuches schlicht „vergessen" wurden. Dazu gehören zum Beispiel die amerikanischen Pershing-I-Raketen, die in Europa stationiert sind, ebenso wie andere „vorgeschobene Systeme" der amerikanischen Supermacht in Westeuropa, zum Beispiel mit Atomwaffen bestückte Kriegsschiffe und Bomber.

So werden schamlos Zahlen verdreht und gefälscht, um die Anschaffung immer neuer Massenvernichtungswaffen zu „begründen". Wenn jetzt in der NATO dieEntscheidung für die neuen Mittelstreckenraketen fällt, dann würde das bedeuten: Auf dem Boden der Bundesrepublik würden 108 Atomraketen vom Typ Pershing II stationiert, die jeden Punkt in der europäischen Sowjetunion erreichen könnten. Darüber hinaus würden 464 Marschflugkörper vom Typ Cruise missile (eine Weiterentwicklung von Hitlers „Wunderwaffe" V1) mit ähnlicher Reichweite in anderen NATO-Ländern stationiert.

Die Anschaffung all dieser Waffen würde Europa noch mehr in ein atomares Pulverfaß verwandeln. Das gilt vor allem auch für unser Land. Schon heute lagern hier und in den angrenzenden NATO-Ländern nicht weniger als 7000 Atomsprengköpfe unter amerikanischer Verfügungsgewalt, über deren möglichen Einsatz allein der US-Präsident entscheidet. In den europäischen Gewässern mehren sich die mit Atomwaffen bestückten Kriegsschiffe der Supermächte. Um sich einen Begriff von der Vernichtungskapazität der imperialistischen Kriegsmaschinen zu machen, genügt es wohl, ein einziges Beispiel anzuführen. In diesem April ist der erste von zwölf neuen Unterwasserkreuzern der USA vom Stapel gelaufen. Und mit den Trident-Raketen dieses einen Kreuzers können 576 größere Städte vernichtet werden.

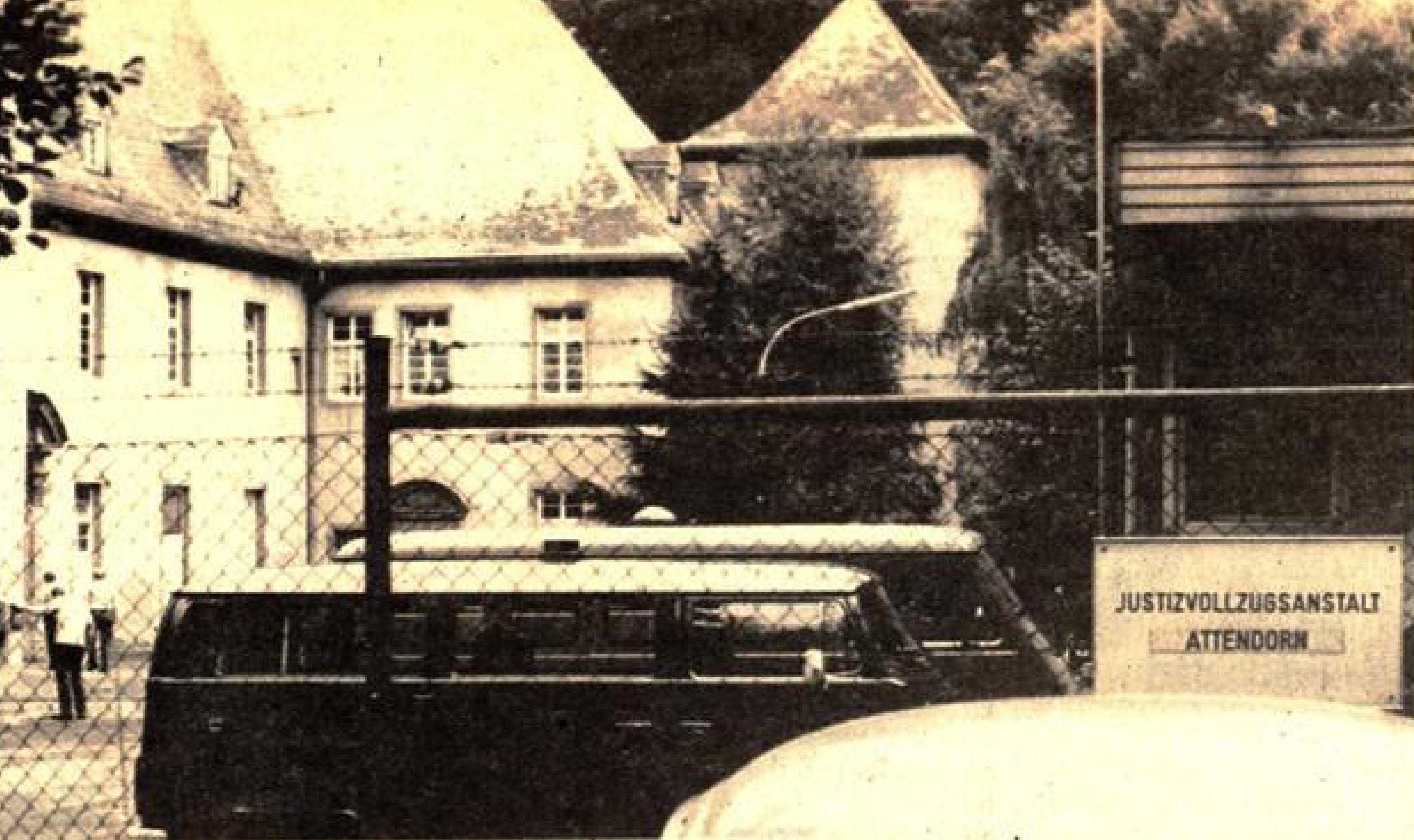
Beide Supermächte haben heute ein solches gewaltiges Arsenal von Vernichtungswaffen aufgehäuft, daß deren Sprengkraft umgerechnet auf jeden Erdbewohner 15 Tonnen TNT beträgt. Und unter der verlogenen Propaganda von der eigenen Unterlegenheit und der Notwendigkeit „nachzurüsten", häufen sie immer neue Atomwaffen an.

Es geht ihnen jedoch um nichts weniger, als nur mit dem Konkurrenten gleichzuziehen. Beide Supermächte arbeiten darauf hin, eine militärische Überlegenheit herzustellen, um größeren politischen Druck ausüben und aus einem neuen imperialistischen Raubkrieg als sicherer Sieger hervorgehen zu können. Der frühere US-Präsident Nixon hat seinerzeit selbst die Lüge vom angeblich angestrebten Gleichgewicht entlarvt. Ausgerechnet als er vor der Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens zurückkehrte, tönte er: „Keine Macht auf Erden ist heute stärker als die Vereinigten Staaten von Amerika. Keine Macht wird in Zukunft stärker sein als die Vereinigten Staaten von Amerika. Etwas anderes wird für die Vereinigten Staaten niemals akzeptabel sein."

Reportage

Kriegsgegner im Gefängnis

Besuch bei Dieter Vogelmann



Von Dortmund nach Attendorn fahren wir mit dem Auto eine gute Stunde durch das Sauerland, erst über die Autobahn, dann über Landstraße. Rechts und links ziehen Wälder, Bergkuppen, Wiesen, Gehöfte und kleinere Ortschaften vorbei; die idyllische Landschaft macht uns fast das Ziel vergessen, das wir im Begriffe sind anzusteuern: die Justizvollzugsanstalt in Attendorn. Dort sitzt Dieter Vogelmann aus politischen Gründen ein.

Die Haftanstalt liegt noch vor den ersten Häusern des Städtchens Attendorn, unterhalb der Staumauern des Biggesees, halb in den Wäldern: eine Sammlung von mehreren altertümlichen Gebäuden, die an Herrschaftshäuser aus dem letzten Jahrhundert erinnern, und von Baracken. In dem Zaun aus Maschendraht, der das Ganze umgibt, befindet sich, schwer unterscheidbar, eine Tür, ebenfalls aus Maschendraht. Wir klingeln. Die Tür springt auf; wir gehen eine Treppe hinauf, an großen Fenstern vorbei, hinter denen der Portier — ein Justizbeamter — hockt.

Zunächst fühle ich mich etwas an die Atmosphäre einer Bundeswehrkaserne erinnert, an einen Tag mit „Bereitschaft“ und Ausgangssperre. Häftlinge in Zivilkleidung und uniformierte Justizbeamte — sie heißen hier „Betreuer“ — laufen auf dem Gang der Baracke durcheinander, dazwischen warten Besucher: Frauen, Männer, Kinder. — Die Justizanstalt Attendorn ist eine sogenannte offene Anstalt, ein „Reformknast“ mit gelockerten Haftbedingungen. Anstalten wie Attendorn gibt es einige in Nordrhein-Westfalen; in ihnen sitzen ein Zehntel der insgesamt 15 000 Häftlinge ein.

„Schickt mir mal den Vogelmann runter“, sagt der „Betreuer“ in der grünen Jacke ins Telefon, nachdem er eine Liste aufmerksam durchstudiert hat. Was wir nicht erwartet hatten, soll nun doch möglich werden: Wir dürfen Dieter eine gute Stunde mit hinausnehmen, auf Kurzurlaub ins Freie.

Was wird Dieter sprechen, wenn er kommt? Wird der Knast ihn verändert haben? — Wir haben Dieter jetzt fast ein Vierteljahr nicht mehr gesehen.

Vor einem Vierteljahr

war Dieter in die berüchtigte Bochumer Haftanstalt Krümmede eingerückt. Wir hatten ihn damals bis zum Eingang der Krümmede begleitet. Dieter nahm reihum von uns Abschied — Händedruck oder Umarmung, je nachdem —, dann ging er los, einen Rucksack auf dem Rücken, eine Reisetasche in der einen und die Gitarre in der anderen Hand. Nach ein paar Metern, an der Kontrollschranke, wurde er angehalten und überprüft und sein Gepäck durchsucht. Dann erst konnte er weitergehen, die Straße entlang auf die Gefängnisgebäude zu, die gute hundert Meter entfernt sind. In diesem Moment wurde uns das Widersinnige und Empörende der Situation bewußt: Da hatte einer im Jahre 1972 gegen den Krieg demonstriert; da war er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden aufgrund verschwommener Fotos, die Auseinandersetzungen mit Polizeikräften zeigten, verurteilt von einem Richter dieses bundesrepublikanischen Staats, dem angeblich nichts so sehr am Herzen liegt wie die Erhaltung des Friedens. Und da wurde nun dieses Urteil vollstreckt, weil — so wörtlich — „sonst die Bevölkerung das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit des Rechts“ verlieren würde. — Wir sahen Dieter mit Gitarre und Gepäck über die Straße vor der Krümmede gehen; er winkte uns noch einmal zu, während er schon vor einem großen Eisentor in dem ersten der Gebäude wartete. In dem Eisentor wurde eine Tür geöffnet, und Dieter verschwand darin. — „Unverbrüchlichkeit des Rechts“! — Was hier im Namen des Rechts so sichtbar für uns an Dieter verbrochen wurde, das hat auch den letzten Rest von Vertrauen — so noch vorhanden — gründlich zerstört!

Und nun ist Dieter in Attendorn gelandet. — Durch das Fenster der Amtsstube, in der wir nun warten und in der der „Betreuer“ wieder und wieder die Liste mit den Namen der Gefangenen durchstudiert, sehen wir auf einen weitläufigen, parkähnlichen Hof. Da erblikken wir Dieter; er läuft draußen an den Fenstern vorbei ohne uns zu bemerken, mit langen Schritten, den Kinnbart im Gehen etwas vorgestreckt, in brauner Lederjacke — vom Aussehen ganz der alte.

Ein paar Augenblicke später ist Dieter bei uns. Begrüßung. Und kaum hat Dieter erfahren, daß er mit uns eine Stunde hinausgehen kann aus der Anstalt — da sind wir auch schon an den großen Fenstern vorbei und durch die Türe aus Maschendraht hinaus. Bloß raus! Keine Sekunde länger als nötig in diesem Bau!

Wir fahren ein Stück,

stellen das Auto ab und gehen hinauf auf die Staumauer, die den Biggesee zwischen den Berghängen hält. Wir haben schnell herausgefunden, daß Dieter in der Haft auch innerlich ganz der alte geblieben ist. Es geht ihm — den Umständen entsprechend — gut. Der Knast hat es nicht vermocht, seinen Humor, seine Fröhlichkeit, seinen guten Mut zu zerstören.

Aus der Enge und dem Muff der Haftanstalt befreit, legt er einen schnellen Schritt vor, und schnell, wie wir gehen, wechseln die Gesprächsthemen. Die Fragen kreuzen sich, die Berichte — das „Drinnen“ und das „Draußen“. Dieter will wissen, was sich getan hat in dem Freundeskreis, der „Theatergruppe Pfeffermühle“, dem „Eislerchor“, kurz, in dem Bereich, aus dem er nun gerissen ist; uns interessiert, wie es ihm „drinnen“ ergangen ist und ergeht.

„Was ist eigentlich passiert, nachdem sich das eiserne Tor der Krümmede hinter dir geschlossen hatte?“

Dieter ist nur eine Nacht in der Krümmede geblieben. Er erinnert sich an die langen, ständig von Gittertüren unterbrochenen Gänge, durch die er in einer umständlichen schlüsselklirrenden Prozedur mehrfach geschleust wurde. — Von der Krümmede wurde er in die Haftanstalt Siegen transportiert, von dort nach Attendorn.

Die Häftlinge in der „offenen Anstalt“ von Attendorn sind vor allem wegen kleinerer Delikte — zum Beispiel Verkehrsvergehen — verurteilt worden; einer, wie wir erfahren, wegen fünfmaligen Schwarzfahrens. — Attendorn hat gegenüber den geschlossenen Anstalten zweifellos Vorteile. Die Gefangenen arbeiten — wenn auch nur für vier bis sechs Mark pro Tag — in den Betrieben der Umgebung, sie können sich so wenigstens einen Teil ihrer Zeit unter normalen Menschen bewegen; die Besuchs- und Postregelung ist vergleichsweise großzügig; es gibt — unter bestimmten Auflagen — Urlaub und Ausgang; das normale Leben liegt sozusagen in Blickweite, ist nicht so zugegittert und wegbetoniert wie in den geschlossenen Gefängnisfestungen.

Die vergleichsweise großzügigen Regelungen bedingen jedoch auf der anderen Seite ein feineres und raffinierteres System der Kontrolle und Reglementierung. Im Hintergrund droht immer die jederzeit mögliche Zurückverlegung in den geschlossenen Vollzug. Außerdem können die Vergünstigungen auch innerhalb der Anstalt stufenweise zurückgenommen und vorenthalten werden, und zwar für jeden Gefangenen einzeln, je nachdem, wie er „sich führt“. — Dies alles erzeugt einen ständigen Druck auf die Gefangenen, sich anzupassen, ihre Individualität aufzugeben; dies alles fördert die freiwillige Isolierung und Konkurrenz unter den Gefangenen, hindert sie, gemeinsam für gemeinsame Interessen einzutreten. — Man muß ständig aufpassen, um sich in diesen Verhältnissen zurechtzufinden, ihnen auf geeignete Weise Paroli zu bieten.

Eine große Hilfe

für Dieter ist die Solidarität, die er erfahren hat und erfährt. Die vielen Briefe, die Besuche, die Protest- und Solidaritätsresolutionen, die ihn erreichen, zeigen ihm, daß er nicht alleinsteht. So werden alle Bemühungen durchkreuzt, ihn zu einem Kriminellen zu stempeln. So wird deutlichgemacht, daß er für nichts anderes einsitzt als für den Kampf, den wir alle führen: den Kampf, einen neuen Krieg zu verhindern, Glück und Wohlstand für unser Volk zu schaffen und zu sichern.

Links unterhalb der Staumauer kann man die Gebäude der Anstalt sehen. Wir erreichen die andere Seite des Sees und gehen noch ein Stück das Seeufer hinauf. — Aber was ist schon *eine* Stunde! Schon bald müssen wir umkehren und den Weg über Seeufer und Staumauer wieder zurückgehen. — Es ist Sonntagnachmittag und viele Leute sind unterwegs; sie kommen uns mit Kind und Kegel entgegen oder werden von uns überholt. Wenn sie wüßten! Da ist rundum der friedliche Sonntagnachmittag, der See liegt friedlich zwischen den waldigen Berghängen — ein weißes Ausflugsschiff fährt gerade vorbei —, und da muß ein junger Mensch, Dieter Vogelmann, — in Eile die Wege entlanglaufen, damit er rechtzeitig wieder unten ist in der Haftanstalt und weiter seine „Strafe verbüßen“ kann. Und warum muß er büßen? Weil er gegen den Krieg demonstriert hat, weil er für den Frieden eingetreten ist — auch dafür, daß die Sonntagnachmittage weiterhin so gemächlich bleiben und der See nicht etwa, über eine von einem Bombenangriff zerstörte Staumauer hinweg zu Tal stürzt mitsamt dem Ausflugsschiff und Häuser und Menschen mit sich reißt…

Pünktlich zurück

in der Haftanstalt gewähren die grünbefrackten „Betreuer“ noch einen Aufschub. Wir dürfen noch eine halbe Stunde mit Dieter in einem der Besucherräume sprechen. Die Wände des Raums sind — bis auf ein paar Bilder — kahl; das Mobiliar bilden ein paar Tische mit Stühlen drumherum. Nicht grad die beste Atmosphäre für ein Gespräch. Aber es geht. Und schon sind wir wieder ins Gespräch vertieft und merken nicht, wie die Zeit vergeht. Die halbe Stunde ist um. Dieter trägt uns noch ein paar Grüße und Bestellungen auf; ein letztes Abschiednehmen, nochmals hinausgezögert. Dieter begleitet uns an der Portiersloge vorbei die Treppe hinunter. Vor dem Zaun trennen sich unsere Wege. Dieter steht noch da als wir losfahren und winkt uns zu, durch den Zaun: den Zaun, der um ihn gezogen ist, weil — so die Urteilsbegründung — „sonst die Bevölkerung das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit des Rechts“ verlieren würde.

Dieter Vogelmann (links) zusammen mit dem Genossen des *Roten Morgen* bei Attendorn

„Wegen meiner Gesinnung verurteilt“

Roter Morgen: *Wofür will man dich für ein Jahr ins Gefängnis schicken?*

Dieter: *Der Anlaß ist die Demonstration gegen den Krieg in München 1972. Im Zusammenhang mit der Durchbrechung eines Demonstrationsverbots kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Da ich, wie das Gericht bestätigte, weder festgenommen wurde, noch mir irgendwelche „Gewalttätigkeiten“ nachgewiesen werden konnten, war es schon ein riesiger Skandal, daß ich meiner Gesinnung wegen zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt wurde. Die Bewährung ist nun in einer weiteren Verhandlung gestrichen worden mit dem zynischen Hinweis, die „Verteidigung der Rechtsordnung“ verlange die Vollstrekkung.*

(Das Interview erschien vollständig im *Roten Morgen* Nr. 29 vom 20. Juli 1979.)

Schreibt an Dieter!

Adresse:
Dieter Vogelmann
JVA Attendorn
Biggeweg 5-7
5952 Attendorn

Öffentliche Protestresolution

Die Unterzeichnenden sind der Meinung, daß Dieter Vogelmann kein Krimineller ist. Es ist empörend, daß vom Landgericht München nach 7 Jahren für die bloße Teilnahme an der Antikriegstagsdemonstration 1972 in München jetzt noch 1 Jahr Gefängnis vollstreckt wird, zumal als Beweis nur unscharfe Fotos dienen. Dieter Vogelmann, der jetzt im Gefängnis Attendorn ist, war vom Gericht zugebilligt worden, daß er selbst an keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt war, und er hatte in der Berufungsinstanz zunächst Bewährung erhalten.

Das Urteil wird jetzt nach Revision des Staatsanwalts ausschließlich „zur Verteidigung der Rechtsordnung“ vollstreckt, weil, so wörtlich, „sonst die Bevölkerung das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit des Rechts“ verlieren würde und es „für das allgemeine Rechtsempfinden schlechthin unverständlich“ wäre. Die Vollstreckung soll ausschließlich zur „Erhaltung der Rechtstreue der Bevölkerung“ durchgeführt werden! Das geht uns alle an! Darum fordern wir:

Sofortige Haftentlassung von Dieter Vogelmann!

Zu den bisherigen Unterzeichnern dieser Resolution gehören: ***Peggy Parnass, Journalistin, Hamburg; Theatergruppe Pfeffermühle, Bochum; Eisler-Chor, Essen; Redaktion Kulturmagazin linkskurve; Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Jungsozialisten Mühlheim; Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller, Kruspis; Initiative gegen Polizeiübergriffe, Bochum; Werner Heine, Hartmut Schulze, Ingrid Klein, Hannelore Heinrichs, alle Redaktion Konkret, Hamburg; Jürgen Janz, Vorstand der RHD e.V., Bochum; Dr. Hartmut Vogelmann, Köln; Ulrich Leicht, Verlagsangestellter, Dortmund; Peter Schöndienst, Rechtsanwalt, Berlin; Holger Strohm, Hamburg; Günter Zint, Fotograf, Hamburg; Hartmut Kremer, Kabarettist, Mühlheim; Klaus Rieseberg, Konrad Wagner und weitere vom Freidenkerverband NRW; SV Vorwärts Bochum e.V.; Lokomotive Grumme, Freizeitfußballverein, Bochum; Kabarett Linksru(h)m, Dortmund; und weitere***

Ich unterstütze die öffentliche Protestresolution für die sofortige Haftentlassung von Dieter Vogelmann.

Name ....
....
Beruf ....
....
Adresse ....
....
....
Unterschrift ....
....

(Bitte abtrennen und einsenden an: Peter Puk, Moltkestr. 11, 4630 Bochum 6; dort bekommen Sie auch weiteres Informationsmaterial)

AEG-Brunnenstraße

Die Auswirkungen von Cipas Sanierungsplan

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Berlin ist die Wiege des AEG-Konzerns. Heute gibt es noch zwölf AEG-Betriebe in unserer Stadt mit etwa 13 500 Beschäftigten. Allerdings waren es vor 14 Jahren mehr als doppelt soviele. Damals gab es auch noch die Kleinmotorenfabrik auf der Ackerstraße; das war der erste AEG-Betrieb überhaupt. So wird ersichtlich, daß der AEG-Telefunken-Konzern schon länger zu den größten Arbeitsplatzvernichtern gehört.

Doch seit Dr. Cipa der erste Mann des Konzerns geworden ist, beschleunigte sich der Rationalisierungsfeldzug drastisch. *Mit weniger Beschäftigten mehr produzieren* wurde zum geflügelten Wort bei der AEG.

Seit der Machtübernahme Cipas verringerte sich die Belegschaft bei uns in der Brunnenstraße, wo vier Betriebe zusammengefaßt sind (Stromrichterfabrik, Kleinmotorenfabrik, Großmaschinenfabrik, Bahnfabrik), von 4700 auf 3800.

Die Kleinmotorenfabrik hat gerade vier Jahre Kurzarbeit hinter sich gebracht; die Zukunft aller vier Betriebe auf der Brunnenstraße liegt völlig im Dunkeln. Die Bahn-, Großmaschinen- und Kleinmotorenfabrik gehören zu den fünf AEG-Betrieben, die innerhalb des Konzerns für die Produktion von Industriemotoren zuständig sind. Cipas Sanierungskonzept sieht die Schließung eines dieser fünf Werke vor. Dem Vernehmen nach soll es ein Werk in Esslingen sein.

Es wäre aber verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß wir in der Brunnenstraße damit aus dem Schneider wären. Wir können im Gegenteil sicher sein, daß die Schließung der AEG-Kanis in Essen direkte Auswirkungen auf die Großmaschinenfabrikation in der Brunnenstraße haben wird, denn wir machen direkte Zuarbeit für Kanis.

Die Bahnfabrik wiederum hält sich gegenwärtig mit Elektronikfertigung über Wasser, während die Motorenproduktion immer mehr eingeschränkt wird. Das wiederum macht der Stromrichterfabrik Konkurrenz, die eigentlich für die Elektronikfertigung zuständig wäre.

Entlassungen und Kurzarbeit

Hier sind bereits 165 Entlassungen angekündigt worden. Außerdem wird vier Monate lang einen Tag pro Woche kurzgearbeitet. Zur Zeit wird in den Chefetagen des Konzerns diskutiert, die Stromrichterfabrik mit dem AEG-Betrieb in der Drontheimer Straße zusammenzulegen oder Teile der Stromrichterfabrik in die Bahnfabrik einzugliedern. Weiter muß man in Rechnung stellen, daß die Bosse in der Nähe von Hamburg ein neues Stromrichterwerk bauen wollen.

Alles in allem: Der Sanierungsplan, der im ganzen Konzern 13 000 Entlassungen bis 1980 vorsieht, wird auch voll auf die Westberliner AEG-Betriebe durchschlagen. Für uns gibt es nicht den geringsten Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Durch die gegenwärtige Unsicherheit über die Zukunft unserer Arbeitsplätze haben sich die sogenannten natürlichen Abgänge erheblich gesteigert. Jüngere Kollegen werden oft regelrecht gedrängt, von sich aus zu kündigen.

Lohnkürzungen

Schon jetzt werden unter Ausnutzung der unsicheren Lage Lohnkürzungen vorgenommen. Für so manchen Kollegen auch ein Anlaß, freiwillig zu kündigen. Kürzlich kündigte der Direktor an, daß die Akkordsätze von jetzt 150 Prozent auf 135 Prozent gesenkt werden. Vielen Kolonnen wurde unter Hinweis auf abgebliche Überverdienste der Lohn zwischen 20 Pfennigen und 1,50 Mark pro Stunde gekürzt.

Außerdem werden die Kollegen immer häufiger von Abteilung zu Abteilung geschoben, was auch nicht gerade das Betriebsklima verbessert. Die Kollegen, die von sich aus kündigen, nicht durch neue ersetzt werden, gibt es mittlerweile Abteilungen, wo es nur noch eine Handvoll Kollegen mit Abteilungsleiter, Meister und Vorarbeiter gibt.

So gibt es zum Beispiel in der Abteilung Bereitstellung der Stromrichterfabrik nur noch vier Kollegen, früher waren es einmal zehn. Ab Meister aufwärts ist jedoch alles beim alten geblieben.

Und wenn einmal viel zu tun ist, werden keine neuen Leute eingestellt. Stattdessen werden Überstunden geschoben; in solchen Zeiten ist die 56-Stunden-Woche keine Seltenheit. Und wenn das immer noch nicht reicht, werden die berüchtigten Leiharbeiter eingestellt, die man umstandslos wieder abschieben kann, wenn der Auftrag erledigt ist. Diese Art der Sanierungspolitik ist an den Löhnen nicht spurlos vorübergegangen. Es werden mittlerweile regelrechte Hungerlöhne gezahlt. Der Einstellungslohn für einen Lagerarbeiter liegt bei 8,30 Mark, für Frauen sogar unter 8 Mark. Wer kann denn davon heutzutage noch leben, geschweige denn eine Familie ernähren? Eine ganze Menge Kolleginnen und Kollegen verdienen zwischen 8 und 9 Mark. Klar, daß diese Politik nicht ohne Reaktionen der gebeutelten Belegschaft bleibt.

Aktionen auf Abteilungsebene

Die Reglerfertigung, eine Frauenabteilung in der Bahnfabrik, konnte verhindern, daß dort das Akkordsystem eingeführt wurde. Die Frauen verlangten stattdessen geschlossen Lohnerhöhung.

Durch massive Proteste in der Großmaschinenfabrik konnten die Lohnkürzungen für Kolonnen teilweise zurückgekämpft werden.

Und als die KPD/ML Flugblätter zu Cipas Sanierungsplänen verbreitete, wurde unter den Kollegen der Ruf nach Streik laut.

Doch über Einzelaktionen verschiedener Abteilungen ist der Kampf bisher nicht hinausgegangen. Noch ist die Spaltung innerhalb der Belegschaft zu groß. Nicht unschuldig daran sind verschiedene Betriebsratsbonzen in der Brunnenstraße, die fortwährend den Eindruck zu erwecken suchen, der Kelch der Sanierung ginge an der Brunnenstraße vorüber.

Die RGO wird noch eine Menge zu tun haben, um die Sabotage der Bonzen am Kampf zur Verteidigung unserer Arbeitsplätze zu vereiteln. So haben diese Verräter bereits verschiedenen Lohnkürzungen für Kollegen an NC-Maschinen zugestimmt, angeblich deshalb, um keine Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen. Jetzt, wo der geschlossene Kampf der AEG-Belegschaften unbedingt erforderlich ist, um die Massenvernichtung der Arbeitsplätze bei AEG-Telefunken zu verhindern, setzen diese Leute wie immer auf die Stillhaltetaktik.

Die Kollegen jedenfalls halten nicht viel von dieser Taktik. Aufmerksam werden die Zeitungen nach Meldungen über AEG studiert, sogar der Aktienkurs wird beobachtet. Sie sind empört, daß man ihnen keinen reinen Wein einschenkt, obwohl in den Chefetagen die Würfel längst gefallen sind. Am 3. Dezember ist die Aufsichtsratssitzung. Wir werden die Zeit nutzen, um den Widerstand gegen Cipas Sanierungsplan breit zu organisieren.



Kollegen von AEG-Kanis Essen protestieren gegen Arbeitsplatzvernichtung.

STOPPT STRAUSS!

KIEL

Demonstration: Fr. 2. Nov. 1979 17 Uhr Rathausplatz
Kundgebung: 18 Uhr Rathausplatz

Veranstaltung der „Gruppe Kieler Antifaschisten" Fr. 2. Nov. 1979 20 Uhr „Kleinkes Eck"

Die Grafikgruppe Kiel gestaltete dieses Plakat, das zum großen Renner wurde. Es wurde in den Tagen vor der Demo geklebt und auch gut verkauft.

Demonstration gegen Reaktion und Faschismus

Antifaschisten reiht euch ein — Strauß darf niemals Kanzler sein!

Volkskorrespondenz aus Kiel

Auf Einladung des schleswig-holsteinischen Unternehmerverbandes weilte Franz Josef Strauß am 2. November in Kiel. Er war gekommen, um 1750 Unternehmervertretern auch hier im hohen Norden der Republik klarzumachen, daß er auch für sie der Mann der Zukunft sei.

Die Gruppe Kieler Antifaschisten (GKA) hatte schon Anfang Oktober die Initiative ergriffen, um Strauß einen würdigen Empfang zu bereiten. Am 4. Oktober fand ein erstes Vorbereitungstreffen statt mit dem Ziel, möglichst viele Antifaschisten im Kampf gegen Strauß, Reaktion, Faschismus und Krieg zu vereinen. **Von Anfang an versuchten KB Nord und vor allem die DKP, eine breite Einheit gegen den CSU-Chef aus München zu verhindern. Doch ihre miese Spaltertätigkeit ging diesmal gründlich daneben.**

Die Mehrheit der antifaschistisch gesinnten Menschen folgte dem Aufruf der GKA zu einer Demonstration gegen Strauß durch die Innenstadt. Der Aufruf wurde unterstützt von der KPD/ML und ihrem Jugendverband, der Roten Garde. Auch die RGO, die RHD, die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, die Rendsburger Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, die Frauengruppe Kiel und verschiedene andere antifaschistische Komitees aus Schleswig-Holstein mobilisierten zu der Demonstration, so daß schließlich über 1000 Antifaschisten sich daran beteiligten. Die Demonstration der DKP — weit ab vom Schuß, versteht sich — zählte lediglich 500 Menschen.

Auf der Abschlußkundgebung sprach auch ein Vertreter der VOLKSFRONT. Obwohl Tage vorher über Zeitung und Radio massiv gegen Strauß-Gegner gehetzt wurde, obwohl das ganze Gebiet um das Kieler Schloß, in dem Strauß seinen großen Auftritt hatte, hermetisch von einem Heer von Polizisten abgeriegelt war, ließen sich die Antifaschisten nicht im geringsten einschüchtern.

Gute Voraussetzungen, die VOLKSFRONT in Kiel zu einer starken antifaschistischen Organisation aufzubauen.



Der IGM-Vertrauensmann Törk Hansen, Gründungsmitglied der VOLKSFRONT ergreift das Wort auf einer Veranstaltung, die im Anschluß an die Demo stattfand.

Veranstaltungen der GFA

Bremen: Veranstaltung mit Dia-Reisebericht: 35 Jahre Freiheit, Unabhängigkeit, sozialistischer Aufbau. 24.11.79, 20 Uhr, Gemeinschaftszentrum Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4

Köln: Dia-Vortrag mit albanischen Liedern, anschließend Diskussion — aus Anlaß des 35. Jahrestages der Unabhängigkeit der SVR Albanien. 6.12.79, 19.30 Uhr, Bürgerhaus Vingst, Köln Vingst, Kuthstr. 27

Veranstaltungen der Volksfront

Kassel: Erste öffentliche Veranstaltung mit einem Referat von U. Leicht, einer antifaschistischen Revue und dem Bericht eines Angeklagten über den Antifaschistenprozeß; 24.11.79, Gaststätte „Dörnbergeck", Dörnbergstraße/Breitscheidstraße

Mainz: Veranstaltung zur Affäre Theissen und Vogel. 15.11.79, 19 Uhr, Bahnhofsgaststätte, Hauptbahnhof

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen" sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand".





Der Landarzt

Seit Tagen schon hat es geregnet. Schwer und dunkel hängen die Wolken über dem Pogradec-See. Heftige Windböen kräuseln seine mattgraue Oberfläche und zerren an den Kronen der Bäume auf der Uferpromenade. Es ist kalt geworden.

Wir sitzen in der Halle des Albtourist-Hotels, schauen hinaus über die verlassen daliegende Terrasse auf die über den See laufenden Schaumkronen. Unser Gespräch dreht sich darum, was wir mit diesem unfreundlichen Frühlingstag anfangen. Ich hatte vorgeschlagen, eine landwirtschaftliche Genossenschaft zu besuchen, möglichst eine von denen, die droben in den Bergen über dem See liegen.

„Das läßt sich schon machen", sagt der Genosse vom Pogradecer Parteikomitee. „Nur — wir sind ja nirgends angemeldet. Und da ist es mehr als fraglich, ob wir überhaupt verantwortliche Genossen antreffen. Die werden jetzt unterwegs sein, irgendwo auf den Feldern." Wir können uns jedoch schnell darauf einigen, daß dies kein Hinderungsgrund sein soll, und wenig später schon fährt unser Fiat Polski die engen Serpentinenstraßen in die Berge hinauf.

Auch hier sind, oft bis hinauf zum Gipfel, Terrassen angelegt worden; den dunklen Regenwolken zum Trotz zeigen die langen Reihen weißblühender Apfelbäume, daß es Frühling ist. Als wir unser Ziel — die Genossenschaft Blaca — erreichen, nieselt es nur noch leicht. Die schweren Niederschläge der letzten Zeit haben deutliche Spuren hinterlassen. Die unbefestigten Dorfstraßen sind in Schlammwege verwandelt. Wir haben vor einer Reihe niedriger, weißgetünchter Gebäude gehalten und stehen jetzt etwas unschlüssig am Straßenrand.

Eine Kantine für die Bauern

Die Genossen verhandeln mit einem Bauern, der unsere Ankunft neugierig beobachtet hat; dann wenden wir uns dem nächstgelegenen Haus zu. Es ist die Kantine des Dorfes. Ein sauberer, nicht allzu großer Raum, in dem etwa zwanzig Tische Platz haben. Wir setzen uns an einen Tisch in der Nähe der Tür. Aus dem Nebenraum — dem Bratengeruch nach zu urteilen muß es die Küche sein — kommt ein älterer Mann und fragt, ob wir etwas haben möchten. Als er dann mit Kaffee und Kognak zurückkehrt, bitte ich ihn, noch einen Augenblick dazubleiben. Eine Kantine im Dorf — das ist doch etwas Ungewöhnliches. Ich will mehr darüber erfahren.

„Nicht für uns", sagt der ältere Mann und zieht sich einen Stuhl vom Nebentisch heran. „Für uns ist das ganz und gar nicht ungewöhnlich. Wir haben hier sechs Dörfer in der Genossenschaft, und in jedem Dorf gibt es eine solche Kantine. Aber das ist ja im ganzen Land so, nicht nur bei uns in Blaca."

Wer kommt den hierher zum Essen?

„Nun, in erster Linie sind das unsere Genossenschaftler, die im Dorf oder in der Nähe arbeiten. Sie können hier an jedem Arbeitstag ein warmes Essen in der Mittagspause bekommen. Und gut ist es auch, unser Essen. Praktisch bedeutet das: Die Familie ist über Mittag versorgt. Und die Frau ist dadurch von einem Teil ihrer Hausarbeit befreit."

Und was muß man für ein Essen bezahlen?

„Oh, das ist sehr billig. Eine vollwertige Mahlzeit, also mit Fleisch und Gemüse, die kostet 1,7 Lek. Dieser Preis ist übrigens noch nicht einmal kostendeckend; der Staat gibt den Kantinen Zuschüsse."

Ein Mann aus „guter Familie"

Während wir uns in der Kantine unterhalten, ist ein schlanker junger Mann eingetreten. Er kommt an unseren Tisch, um uns zu begrüßen. Es ist, wie ich erfahre, der Arzt — oder genauer gesagt, einer der beiden Ärzte — der Genossenschaft. Und außerdem jemand, das wird mir auch gleich gesagt, der aus einer der besten Familien des Ortes stammt. Auf meinem Gesicht muß wohl bei dieser Vorstellung ein Erstaunen gelegen haben, denn der Dolmetscher Ilir beginnt sogleich, mir zu erklären, was man in Albanien unter einer „guten Familie" versteht.


Teilansicht des Dorfes Blaca in der Nähe des Pogradec-Sees

„Du hast doch draußen das Denkmal gesehen." Ich erinnere mich einer Büste, die vor dem Nebenhaus stand und einen bärtigen Mann mit entschlossenem Gesichtsausdruck zeigte. „Das ist der Onkel dieses Genossen gewesen — Kajo Karafili. Er war einer der ärmsten Bauern hier, vor der Befreiung. Und wegen seiner patriotischen Gesinnung immer den Schikanen der reaktionären Machthaber ausgesetzt. Dreimal ist seine Familie zum Beispiel von hier verbannt worden.

Aber Kajo war, wie gesagt, ein Patriot und ein entschlossener Kämpfer. Als eines Tages der Steuerbeamte hier ins Dorf kam, um den Bauern auch noch die letzten Groschen abzupressen, war für Kajo das Maß voll. Er trat dem Beamten mit der Waffe in der Hand entgegen und erschoß ihn im Kampf. Dann hat er sein Gewehr geschultert und ist in das Haus des Beys, des Grundbesitzers, gegangen. Der saß gerade bei einem üppigen Festmahl. Und er war dabei, einen Trinkspruch auf den König Zogu und dessen Terrorregime auszubringen, als ihn der Schuß aus Kajos Gewehr traf.

Ja, dann ist Kajo in die Berge geflohen, wie so viele damals. Als der Partisanenkampf gegen die Italiener begann, hat er Kontakt zu der Gruppe um Myslim Peza und zur Partei aufgenommen. Er ist dann später im Kampf gefallen, das war unter der deutschen Besatzung. Elf Partisanen standen bei diesem Kampf gegen 200 Nazi-Soldaten. Und Kajo hat es erwischt, eine Kugel traf ihn mitten in die Stirn."


Die Büste Kajo Karafilis, eines Bauern und Patrioten aus Blaca

„Wir sind da, wo die Menschen leben und arbeiten."

Kajos Neffe, der arme Bauernjunge, konnte also nach der Vertreibung der Besatzer und der Beys nicht nur zur Schule, sondern auch nach Tirana zur Universität gehen. Jetzt ist er wieder in seinem Heimatdorf. Aber hat er sich nicht vielleicht gewünscht, nach seinem Studium in Tirana zu bleiben oder in einer anderen Stadt zu arbeiten?

Der Arzt macht eine abwehrende Handbewegung. „Nein, überhaupt nicht. Als ich von hier weg zum Studium gegangen bin, habe ich nie an etwas anderes gedacht, als hierher zurückzukommen, hierher in mein Dorf, wo ich geboren bin und wo meine Arbeit gebraucht wird."

Er macht eine kleine Pause. Dann sagt er:

„Sehen Sie, bei uns gibt es den Grundsatz, daß die Kader des Gesundheitswesens dorthin gehen, wo die Menschen leben und arbeiten. Deshalb findet man bei uns in allen Dörfern Ärzte und natürlich auch die entsprechenden Einrichtungen. Das gleiche gilt übrigens auch für die Betriebe. Aber das haben Sie wahrscheinlich schon selbst gesehen."

Das habe ich tatsächlich. Im metallurgischen Kombinat von Elbasan zum Beispiel hatte die Betriebsklinik schon die Dimensionen eines kleinen Krankenhauses. Aber auch die anderen Fabriken, die ich besuchte, verfügten stets über Behandlungsräume, über mehrere Betriebsärzte, Schwestern, Sanitäter usw. Wobei unter den Ärzten auch — je nach dem Charakter des Betriebs — Fachärzte verschiedener Richtung waren, in ausgesprochenen Frauenbetrieben zum Beispiel Gynäkologen. Was mich an diesen Betriebskliniken am meisten beeindruckt hatte, war die Tatsache, daß die Arbeiter dort regelmäßig gründlich untersucht werden, um mögliche Krankheiten früh zu erkennen, aber auch, um die körperliche Verfassung des Arbeiters mit seinem Arbeitsplatz abstimmen zu können.

Als ich dem jungen Arzt von diesen Dingen erzähle, sagt er: „Das ist hier im Dorf genauso. Überhaupt wird bei uns die Vorsorge für das Wichtigste gehalten. So führen wir hier auch regelmäßig Reihenuntersuchungen durch. Das geht von Untersuchungen auf TB, vor allem bei Kindern, bis hin zur Kontrolle der Herztätigkeit. In die Reihe dieser Maßnahmen gehören auch die Impfungen, die wir nach der Geburt eines Kindes durchführen, oder auch besondere Vitaminbehandlungen, die wir bei schwangeren Frauen durchführen. Im allgemeinen kann man sagen, daß wir sehr gute Erfolge bei unserer Arbeit haben.

Sie haben ja sicher davon gehört, daß Albanien früher eine wahre Brutstätte von schrecklichen Krankheiten gewesen ist. An erster Stelle stand dabei die Malaria. Manche Dörfer, vor allem in der Küstenebene, waren regelrecht verseucht davon. Neunzig bis hundert Prozent der Bewohner hatten die Malaria. Die Menschen starben weg wie die Fliegen. Das alles gehört nun schon lange der Vergangenheit an. Wir haben die Malaria, auch die Syphilis und andere Infektionskrankheiten völlig ausgerottet. Bei anderen sind wir auf dem Weg dazu. Hier in der Genossenschaft zum Beispiel ist jetzt seit 15 Jahren kein Fall von Diphtherie mehr aufgetreten. Auch die Tuberkulose ist übrigens fast verschwunden bei uns."

Der junge Arzt erklärt mir, wie wichtig die Teilnahme der Massen selbst an der Gesundheitsvorsorge ist; er berichtet über den zähen Kampf gegen die alten rückschrittlichen Sitten; er erzählt von Hygienekampagnen und von der Unterrichtung der Genossenschaftler in medizinischen Fragen. Der Neffe des armen Bauern und Kämpfers Kajo Karafili spricht über diese Dinge nicht so, wie man gemeinhin über seine Arbeit spricht. Seine Augen leuchten, wenn er vom Sieg über die Diphtherie spricht. Wo es um Teilnahme der Massen an der Gesundheitsvorsorge geht, wird seine Stimme so eindringlich, als wäre ich ein Bauer der Genossenschaft, den er überzeugen müßte.

Längst ist der Kaffee getrunken, die Kognakgläser sind leer. Aus der Küche drüben kommen immer neue Wohlgerüche — offenbar laufen dort die Vorbereitungen auf das Mittagessen; und bald werden die ersten Bauern zum Essen kommen. Der junge Arzt ist aufgestanden. „Gehen wir", sagt er. „Wir können uns ja mal ein wenig umsehen hier."

Entbindungsstation und Dorfapotheke

Die flachen Gebäude, vor denen unser Auto gehalten hat, machen das Zentrum des Dorfes aus. Links das kleine Haus, vor dem die Büste steht, ist die Verwaltung. Wie der Parteisekretär in Pogradec vorausgesagt hatte, ist dort niemand am Schreibtisch zu finden. Neben der Verwaltung steht das Kulturhaus — ein vorläufiges, wie die Genossen aus dem Dorf sagen. Es gibt dort zwar einen großen Kino- und Theatersaal, aber sie wollen in der nächsten Zeit ein großzügigeres Gebäude errichten.

Wir wenden uns den Häusern auf der rechten Seite zu. Gleich das erste hinter der Kantine ist die Entbindungsstation. Wir dürfen einen Blick hineinwerfen. In dem hellen sauberen Zimmer, das wir sehen, ist nur ein Bett belegt. Die junge Frau hat gerade entbunden, erklärt der Arzt. Man sieht ihr die Schmerzen noch an, trotzdem gelingt ihr ein Lächeln.

In der Station lerne ich auch eine der Schwestern kennen. Sie stammt wie der Arzt aus dem Dorf und hat ihre Ausbildung auf einer Schule in Pogradec gemacht. Ihre Aufgaben beschränken sich jedoch nicht nur auf die Arbeit in der Station selbst. Dazu gehört eine umfassende Betreuung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Hier in Albanien ist der Patient keine anonyme Nummer, sondern ein Mensch, um den man sich intensiv kümmert. Die Dezentralisierung des Gesundheitswesens auf Dörfer und Betriebe bewirkt auch, daß die Ärzte und Schwestern die Menschen in ihrem Wirkungsbereich persönlich kennen.

So verhält es sich auch mit der Krankenschwester aus der Entbindungsstation. Sie kennt alle Frauen der Genossenschaft, ihre Lebensumstände, oft auch ihre persönlichen Probleme. Und die Verhältnisse, die hier herrschen, erlauben es auch, daß sich die Schwester intensiv mit jeder Schwangeren beschäftigt. Das beschränkt sich dann aber nicht auf Beratungen und Hilfeleistungen. Die Sorge für die Schwangeren reicht bis an deren Arbeitsplatz. Hier fungieren die Schwestern sozusagen als Überwacher. Sie passen auf, ob die Arbeitsschutzbedingungen auch eingehalten werden, ob die Frauen nicht zu schwer arbeiten usw.

Neben der Entbindungsstation steht ein kleineres Haus — die Dorfapotheke. Die muß ich natürlich auch gesehen haben. Wir treten ein, in einen kleinen Laden, wo sich an der Wand hinter dem Tresen Regale mit unzähligen Schubfächern türmen. Neben dem Ladenraum hat die Apotheke noch ein Lager, das gleichzeitig Labor ist. Ich suche mit den Augen die Reihe der Schachteln, Dosen und Fläschchen ab, in der Hoffnung, einen bekannten Namen aus dem Register der internationalen Pharma-



Blick in die Apotheke eines Dorfes. Die meisten von den Bauern benötigten Medikamente sind hier vorrätig.

Fortsetzung auf Seite 10



Für die Kinder ist gesorgt, während die Mütter auf dem Feld sind.

Fortsetzung von Seite 9

konzerne zu finden. Aber ich kann nur albanische Beschriftungen sehen. Als ich den Arzt darauf anspreche, sagt er: „Der überwiegende Teil der Medikamente wird im Land selbst produziert. Nur ein geringer Teil wird importiert."

„Und diese Medikamente sind dann wahnsinnig teuer?"

„Sicher, aber nicht für die Patienten. Bei uns muß für ein Medikament nur ein geringer, fast symbolischer Preis gezahlt werden. Und der bleibt gleich, egal, ob es sich dabei um ein albanisches oder ein ausländisches Produkt handelt."

„Dann ist dieser symbolische Preis der einzige Beitrag, den der Kranke selbst zu seiner Behandlung leisten muß?"

„Ja — die Behandlung durch den Arzt, der Krankenhausaufenthalt, alles ist völlig kostenlos. Und das gilt für alle, also nicht nur für die Beschäftigten der volkseigenen Betriebe und der Behörden, sondern auch für unsere Genossenschaftsbauern."

Dieses System der umfassenden und kostenlosen medizinischen Versorgung ist sicher eine der größten Errungenschaften der albanischen Revolution. Wobei man diese Errungenschaft wahrlich nicht nur an der düsteren Vergangenheit des kleinen Adrialandes zu messen bracht. Sie scheut auch keinen Vergleich mit den Ländern Westeuropas. Man kann einen solchen Vergleich in Zahlen ausdrücken, etwa wenn man feststellt, daß in Albanien die Kindersterblichkeit niedriger ist als bei uns in der Bundesrepublik. Ebenso wichtig oder vielleicht sogar noch wichtiger als solche Zahlen ist die schon erwähnte intensive Sorge um jeden einzelnen Menschen. In Albanien ist die Beziehung zwischen Arzt und Patienten durch Vertrauen gekennzeichnet und nicht durch das Geld vermittelt wie bei uns. Und noch eines sollte erwähnt werden, wenn es um den Vergleich geht. Auch in punkto Krankenversicherung stehen sich die Albaner besser als ihre westdeutschen Kollegen. Sie müssen nämlich keine Versicherungsbeiträge zahlen, genauso wenig wie sie Steuern zahlen.

Der Lammkopf

Wir machen noch eine kurze Stippvisite im Kindergarten des Dorfes, schauen eine Weile den Kleinen zu, die über winzige Bänke gebeugt ins Zeichnen vertieft sind; dann kehren wir wieder in die Kantine zurück. Sie ist noch immer so leer, wie wir sie verlassen haben. Noch ist es nicht Zeit für die Mittagspause. Das Essen jedoch ist gerade fertig geworden, und der ältere Genosse schleppt, kaum daß wir uns gesetzt haben, schon Teller herbei, auf denen das Essen dampft. Alle Proteste und Hinweise darauf, daß wir schon eine Einladung zum Mittagessen haben, helfen nicht.

„Ihr sollt ja nur probieren, Genossen. Ihr sollt selbst versuchen, ob unser Essen gut ist." Und offensichtlich ist es gut, denn meine Begleiter essen mit großem Behagen ihren Lammbraten. Ich selbst werde ein Opfer der ehernen Gesetze albanischer Gastfreundschaft. Weil ich als Ausländer unter den Gästen eindeutig auf dem ersten Platz liege, steht mir nämlich das beste Stück des gebratenen Tieres zu — und das ist der Kopf.

Ich sehe den Kopf auf meinem Teller an; der blickt aus leeren toten Augen zurück. Die Genossen unterbrechen unser stummes Zwiegespräch und erklären mir, daß ich zwischen den gebleckten Zähnen der die Zunge herausziehen müßte. Das wäre ein Leckerbissen! Der Gipfel des Genusses aber sei dann das Lammhirn.

Wenig später stehen wir draußen im Schlamm und verabschieden uns von den Genossen aus dem Dorf. Unwillkürlich blicke ich, als der Wagen schon anfährt, zu der Büste von Vajo hinüber und dann auf den jungen Arzt. Wir winken noch lange aus dem Fenster. Vajos Neffe, denke ich, setzt den Kampf des Alten fort, gewiß an einem anderen Abschnitt und mit anderen Mitteln; aber es ist doch der selbe Kampf.



Regelmäßig werden im Gesundheitszentrum Reihenuntersuchungen durchgeführt.

Grußansprache des Genossen Ernst Aust an die KP Spaniens /ML anläßlich ihres III. Parteitages

auf der Großkundgebung am 10. 11. 1979 in Madrid

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich freue mich, Euch, Eurer revolutionären Vorhutpartei, der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, der spanischen Arbeiterklasse, dem spanischen Volk — anläßlich Eures III. Parteitages — die herzlichsten brüderlichen Kampfesgrüße des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, der deutschen Arbeiterklasse überbringen zu dürfen!

Unsere beiden Parteien sind seit vielen Jahren in tiefer Freundschaft miteinander verbunden. Einer Freundschaft, die in den Novembertagen des Jahres 1936 begründet wurde, als in den Straßen Madrids erstmals der Marschtritt der Freiwilligen der legendären Internationalen Brigade Nr. 11, der Kämpfer des Thälmann-Bataillons, erklang. Einer Freundschaft, die im gemeinsam vergossenen Blut spanischer und deutscher Arbeiter, spanischer und deutscher Werktätiger, im Kampf gegen die faschistische Bestie geschmiedet und gefestigt wurde.

Niemals werden die Arbeiterklassen, die kommunistischen Parteien unserer Länder, wir, die Söhne und Enkel, die ruhmreichen Kämpfer des spanischen Freiheitskampfes der Jahre 1936 bis 1939 vergessen. Ihr Kampf wird uns stets Verpflichtung bleiben, Verpflichtung eines nicht fernen Tages, das rote Banner der sozialistischen Revolution auf den Zinnen und Türmen von Madrid und Berlin zu hissen!

Bis dahin jedoch ist es noch ein schwieriger Weg, auf dem es sicherlich Siege, aber auch Niederlagen geben wird. Wir leben in einer Zeit, da zunehmend in vielen Ländern der Welt die Revolution, sowohl die antiimperialistisch-demokratische als auch die sozialistische, auf die Tagesordnung gerückt wird. Die kapitalistischen und revisionistischen Länder, die imperialistischen Ausbeuter und Aggressoren befinden sich — bedrängt von den Volksmassen — in einer sich zunehmend verschärfenden Krise, aus der sie sich verzweifelt herauszukommen bemühen.

So erleben wir, daß infolge der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse, der Werktätigen im vorderen Orient, in Mittelamerika, aber auch in Europa zum Beispiel der USA-Imperialismus nicht wenige Niederlagen einstecken mußte. Um zu retten, was noch zu retten ist, sah er sich in verschiedenen Ländern gezwungen, seine offen faschistischen Marionetten zu opfern, um sich wenigstens noch einen Teil seines Einflusses, vor allem aber den Kapitalismus zu erhalten. Gleichzeitig aber schreitet in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Westdeutschland, die Faschisierung voran, versuchen die reaktionärsten, aggressivsten Kreise des Finanzkapitals ihren „starken Mann", den Erzreaktionär Franz Josef Strauß, ins Spiel zu bringen.

Doch ist das ein Zeichen ihrer Stärke? Sicherlich nicht. Sie haben Angst, Angst vor dem, was bei der zu erwartenden Verschärfung der Klassenkämpfe auf sie zukommt. Allerdings, von nichts kommt nichts. Ohne Widerstand, ohne den mutigen Kampf der werktätigen Massen gegen den Imperialismus und die einheimischen Oligarchien, werden diese keinen Schritt zurückweichen. So sind denn auch die Erfolge, die in den letzten Jahren in Eurem Land im Kampf gegen den Faschismus mit und ohne Franco, für mehr Demokratie und Freiheit errungen wurden, ohne den revolutionären Kampf Eurer marxistisch-leninistischen Partei gar nicht möglich gewesen.

So wie wir — anders als die modernen Revisionisten, die ihre Zulassung als Partei durch die Zusicherung ihres Wohlverhaltens gegenüber der Bourgeoisie erbettelten — um die Jahreswende 1968/69 durch die Gründung unserer kommunistischen Partei, die offene Propagierung ihrer revolutionären Ziele praktisch die Illegalität, das KPD-Verbot durchbrachen, so habt Ihr Eure junge Legalität auch nicht Euren schönen Augen, sondern einzig und allein Eurem konsequent revolutionären Kampf zu verdanken

Dennoch gilt es wachsam zu bleiben. Denn wie wir wissen, ist die Legalität eine Falle, die uns die Bourgeoisie stellt, um uns einzuschläfern, sorglos zu machen, um dann, wenn wir nicht daran denken, zuzuschlagen. Im übrigen, soweit ist es mit ihrer Demokratie auch nicht her. Während die Revisionisten als Agenturen der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse deren Wohlwollen genießen, werden wir Marxisten-Leninisten weiter verfolgt, verhaftet, eingekerkert oder gefoltert wie Eure Genossen Carlos Hurado und Tomas Pellicer.

Wie bei uns auch heute noch hohe und höchste Ämter im Staatsapparat, Polizei, Justiz, Armee mit alten Hitler-Faschisten, ehemaligen Mitgliedern der Hitler-Partei, wie dem Bundespräsidenten Carstens, oder faschistischen Führungsoffizieren, wie dem zur Macht strebenden bayrischen Ministerpräsidenten Strauß, besetzt sind, so steht an der Spitze Eures Staates ein König von Francos und der USA Gnaden, sind die Führungsposten in Staat, Polizei, Justiz und Armee immer noch von Folterknechten, Militaristen und Lakaien Francos besetzt. Solange dieses Gelichter und ihre kapitalistischen Auftraggeber noch an der Macht sind, wird es für uns, die Arbeiterklasse, die Werktätigen keine wirkliche Freiheit und Demokratie geben.

Ist die Lage auch günstig, gerät die kapitalistische und revisionistische Welt auch immer tiefer in die Krise, streben die Volksmassen im Kampf voran, rückt die Revolution zunehmend auf die Tagesordnung, so gibt es doch auf dem subjektiven Sektor, das heißt bei der unbedingt notwendigen Führung der Revolutionen — ohne die sie nicht endgültig siegen können — durch die marxistisch-leninistischen Parteien noch einige Schwierigkeiten. Schwierigkeiten derart, daß es ihnen im allgemeinen noch nicht gelungen ist, das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen.

Sicher ist das Vorhandensein einer revolutionären Situation die Voraussetzung für den Sieg. Doch „zum Sieg dieser Revolution ist es außerdem notwendig, daß", wie der Genosse Stalin sagte, „die Kommunistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse vertritt und zur entscheidenden Kraft in der Arbeiterklasse wird." Dazu ist es unerläßlich, die Mehrheit der Arbeitermassen dem Einfluß der Reformisten, der Revisionisten aller Schattierungen zu entziehen.

Das aber setzt voraus, daß in unseren eigenen Reihen die letzten Reste des Opportunismus, wie zum Beispiel der antimarxistischen sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen, die in der Hauptseite eine rechte Abweichung sind, aber in der Praxis auch ultralinke Abweichungen zeitigten, mit Stumpf und Stil ausgerottet werden. Das setzt voraus, daß wir es immer besser verstehen lernen, die Lehren von Marx, Engels, Lenins und nicht zuletzt Stalins, dessen hundertsten Geburtstag wir in diesem Jahr feiern, auf die Bedingungen unseres Landes anzuwenden.

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt uns Euch noch einmal unsere tiefe Freundschaft versichern. Unsere unverbrüchliche Freundschaft, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus beruht. Wir begrüßen die Beschlüsse Eures III. Parteitages und sind davon überzeugt, daß sie Eure Partei noch besser in die Lage versetzen werden, an der Spitze der Arbeiterklasse, der Werktätigen Spaniens zum Sturz der Monarchie, zur Errichtung der föderativen Volksrepublik, zum Sozialismus voranzuschreiten!

Was immer auch kommen mag: gemeinsam, Seite an Seite marschieren unsere Parteien im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, auf dem Weg der Revolution voran! Gemeinsam heben wir das unbesiegbare Banner des proletarischen Internationalismus, treiben wir die Schaffung einer neuen, der alten Kommunistischen Internationale im Geiste Lenins und Stalins voran!

Es lebe der III. Parteitag der PCE(m-l)

Es lebe die revolutionäre Einheit zwischen PCE(m-l) und KPD/ML!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Der Marxismus-Leninismus wird siegen!

Grußbotschaft zum 38. Jahrestag der PAA

Dortmund, 8. November

Liebe Genossen,

zum heutigen 38. Gründungstag der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens senden wir Euch herzliche revolutionäre Glückwünsche. Dieses Jahr erhält dieser Tag besondere Bedeutung, da es im großen 35. Jubiläumsjahr der Befreiung des Landes und des Siegs der Volksrevolution stattfindet. Denn niemand anderes als die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze hat die Siege des albanischen Volkes ermöglicht.

Sie war und ist der Kampfstab, unter dessen Führung das albanische Volk von Sieg zu Sieg schreitet. Unter ihrer sicheren Führung wurden die nazifaschistischen Besatzer und die Landesverräter geschlagen. Unter ihrer Führung ist die Arbeiterklasse Herrin des Landes geworden, die dem ganzen Leben des Landes ihren Stempel aufdrückt und es ständig weiter revolutioniert. Unter ihrer Führung wird der Sozialismus aufgebaut, unter dem das albanische Volk zunehmend Wohlstand genießt und nicht Krisen, Arbeitslosigkeit, Inflation und die anderen Übel kennt, die in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern unausweichlich sind.

Mit ihrer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Innen- und Außenpolitik hat sie Albanien zu einem Bollwerk des Sozialismus gemacht, das wie ein Fels in der Brandung steht und allen Wogen und Stürmen des Imperialismus und Revisionismus unverrückbar trotz. Die Geschichte hat gezeigt: An Albanien und seiner Partei der Arbeit beißen sich alle Feinde die Zähne aus. Die Partei der Arbeit hat Albanien in den Augen aller Revolutionäre und freiheitsliebenden Völker der Welt große Geltung verschafft. Auf Albanien als einzigem Staat der Diktatur des Proletariats in der Welt richten sich heute die hoffnungsvollen Blicke aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. In ihm erblicken sie ihre Zukunft. Und ihrem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus samt ihren Handlangern, den Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen, leistet die Partei der Arbeit Albaniens und ihr Führer, Genossen Enver Hoxha, nach wie vor unschätzbare Hilfe.

Für unser Partei ist die Partei der Arbeit Albaniens ein großes Vorbild aufgrund ihrer unbedingten Treue zu den stets siegreichen Lehren des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Unsere Partei betrachtet es als Ehre und Verpflichtung, mit der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens in einer engen brüderlichen Kampfgemeinschaft verbunden zu sein.

Es lebe die PAA!
Es lebe Genosse Enver Hoxha!
Es lebe das sozialistische Albanien!
Es lebe die Einheit zwischen der PAA und der KPD/ML!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Mit revolutionären Grüßen

Zentralkomitee der KPD/ML

Alltag in den USA

Terrorakte des Ku Klux Klan

Das Hauptreservoir ist die Polizei

NORTH CAROLINA, USA.— Der Feuerüberfall von Killern des Ku Klux Klan, die in der letzten Woche von zwei Lastwagen herunter mit Schnellfeuergewehren auf eine Demonstration geschossen hatten, hat jetzt ein fünftes Todesopfer gefordert. Fünf Opfer eines Mordanschlags, aber nichts regt sich. Keine FBI-Großfahndung nach den „Großen Drachen" und „Kaiserlichen Hexenmeistern", wie die Chefs dieser Killerbande sich nennen. Dies alles wird von den Behörden als normal betrachtet und gehört auch in weiten Teilen dieses Landes schon wieder zum Alltag.

In der Geschichte der USA ist dies das dritte Mal, daß der „Klan" aktiv wird. Jedesmal, wenn breite Teile der Bevölkerung das Verlangen nach gesellschaftlichen Änderungen hatten, trat, neben verschiedenen anderen faschistischen Gruppierungen und Maßnahmen, auch der „Klan" ans Tageslicht.

Der Ku Klux Klan wurde 1866 gegründet, auf Initiative der rassistischen Großgrundbesitzer der Südstaaten. Sie rekrutierten damals vor allem versprengte und entwurzelte Soldaten der geschlagenen Südstaatenarmee. Ihr unmittelbares Ziel war es, die Sklavenbefreiung, wenn nicht rückgängig, so doch wirkungslos zu machen, zu verhindern, daß sich aus den schwarzen Landarbeitern eine selbständige Bauernschaft entwickelte. Dieses Ziel erreichten sie mit beispiellosem Terror. Mehr als 10000 schwarze Amerikaner wurden damals gelyncht, geteert, gefedert und verbrannt. In den Südstaaten verbreiteten die „flammenden Kreuze" des Klans Angst und Schrecken. Der Klan mordete auch Hunderte von weißen Amerikanern, die für die soziale Gleichheit eintraten. Runde zwanzig Jahre später wurde der Klan angeblich aufgelöst, weil er, wie ganz offen gesagt wurde, seine Ziele erreicht hatte. Mindestens vier hohe Meister des Klans waren Ende des letzten Jahrhunderts Senatoren in Washington, die Mehrzahl der ehemaligen Führer des Klans, der eine Million Mitglieder und fast zehntausend Funktionäre hatte, wurden jetzt mit staatlichen Stellen versehen, bekamen politische Ämter und Posten bei der Polizei.

Zum zweiten Mal trat der Klan nach dem Ende des ersten Weltkriegs offen ans Licht. Nachdem die USA in den Krieg gezogen waren, um — wie es hieß — die Demokratie zu verteidigen, verlangte die Arbeiterklasse und das ganze Volk, daß jetzt auch mit der Demokratie ernst gemacht werden müsse. Dem traten die großen Finanzmagnaten der USA mit einer gewaltigen Terrorwelle entgegen.

In den Jahren von 1918 bis 1932 herrschte ein Klima der offenen Unterdrückung der Bestrebungen der Arbeiterklasse. Mehr als die Hälfte der US-Bundesstaaten verabschiedete Gesetze gegen den „verbrecherischen Syndikalismus", mit denen faktisch die gewerkschaftliche Arbeit unmöglich gemacht wurde. Die Prozesse gegen Sacco und Vanzetti, gegen die gesamte Führung der Kommunistischen Partei, gegen die gesamten Funktionäre der Gewerkschaften in der Auto- und Stahlindustrie, mehrere tausend langjährige Zuchthausstrafen wegen gewerkschaftlicher Betätigung und politische Morde an über 50 Repräsentanten der Arbeiterbewegung — das alles zeigt, wie damals die Situation war.

Genau zu dieser Zeit trat auch der Klan wieder in Erscheinung. Da viele Arbeiter schwarz waren, fühlten sich die Klan-Leute als natürliche Feinde der Arbeiterbewegung. Sie erweiterten ihren Katalog der Feindschaft von den Schwarzen auf Katholiken und Kommunisten. Allein im Jahre 1919 organisierten die Hexenmeister des Klans 34 Lynchakte und 25 große Aktionen von Rassentumulten. In den zwanziger Jahren war bekannt, daß der Klan 4,5 Millionen Mitglieder hatte und mindestens 150 Polizeichefs von Städten mit über 20000 Einwohnern Mitglieder des Klans waren. Im Jahre 1930 schließlich wurde einer der „Großen Drachen" oberster Richter am Bundesgerichtshof. Es wird vermutet, daß zu jener Zeit mindestens 1200 Richter in den USA Mitglieder der Kapuzenmänner waren.

In jenen Jahren herrschte der Klan in einzelnen Bundesstaaten ganz offen. Die Regierung von Mississippi galt jedem Kenner als völlig vom Klan gesteuert. Bei der schwarzen Bevölkerung aller Staaten aber ging der Satz um, den einer ihrer demokratischen Führer ausgesprochen hatte: „Südlich von Kanada ist alles Mississippi".

Die Arbeiterbewegung erwies sich in dieser Zeit als die Kraft, die die Macht des faschistischen Klans brach. Die Versuche des Klans, die große Bewegung der Arbeitslosen zu zerschlagen, die sich Anfang der dreißiger Jahre entwickelt hatte, wurden von der Gewerkschaftsbewegung, oftmals gegen den Willen führender Gewerkschaftsfunktionäre, zurückgeschlagen. Das Regime des „New Deal" des Präsidenten Roosevelt setzte mit dem Versprechen grundlegender gesellschaftlicher Reformen dem „heimlichen Imperium" des Klans ein vorläufiges Ende.

Die Zeit des Klans schien vorbei. Er existierte zwar noch, schien jedoch immer mehr eine Randerscheinung in den Südstaaten zu werden. Selbst in der sogenannten McCarthy-Ära nach dem Krieg, als die Reaktion eine große Kampagne gegen alles, was demokratisch war, eröffnete, spielte der Klan nur eine geringe Rolle. Aber jetzt, in den letzten Jahren (seit 1975 vor allem), kommt er wieder in die Öffentlichkeit. Seit dem letzten Jahr, als sich auch mehr als 250000 Arbeiter an den Streiks beteiligten, werden wieder öffentliche Demonstrationen durchgeführt, marschieren wieder Kapuzenmänner mit Waffen durch die Straßen, bekommen die Oberrassisten neuen Zulauf. Und auch heute ist es nicht so, daß der Klan eine Sekte wäre, wie etwa die amerikanischen Nazis, mit denen er zusammenarbeitet. Im letzten Jahr veröffentlichte die „National Democratic League" eine Dokumentation, in der auf 3000 Seiten Akten nachgewiesen wird, daß das FBI, über den Polizeichef Bull Conner von Birmingham, einer Großstadt im Bundesstaat Alabama, dem Ku Klux Klan seit Jahren Informationen über die Bürgerrechtsbewegung zukommen läßt.

In Baton Rouge erreichte bei der letzten Wahl zum Senat von Louisiana der Klan-Häuptling Duke aus New Orleans in seinem Wahlkreis 33 Prozent der Stimmen. Er durfte seinen Wahlkampf in aller Offenheit im Fernsehen und in der Presse führen. Amerikas größter Fehler, so Duke, sei es gewesen, statt mit Hitler gegen Hitler Krieg zu führen.

Der Ku Klux Klan ist also keinesfalls eine zwar gefährliche, aber allgemein geächtete Mörderbande, sondern er ist, was er schon immer war: eine staatlich geförderte Terrororganisation, die im System der politischen Unterdrückung in USA vor allem die Speerspitze gegen Schwarze und die anderen rassischen Minderheiten darstellt, gegen Puertoricaner, gegen Indianer, Mexikaner usw.



Ein Bild von 1919: Damals wurden in einem Jahr in sechs Südstaaten bekanntermaßen 70 Schwarze gelyncht. Wieviele es tatsächlich waren, weiß niemand, da es die Polizei stets vertuschte; in nahezu allen Fällen waren die Kapuzenmänner des Klan die Organisatoren der Morde.



Der Ku Klux Klan trat in den Jahren 1973 und 1974 nach längerer Zeit wieder offen auf. Im Bild: ein flammendes Kreuz, mittelalterlicher Hokuspokus und Morddrohung zugleich, im Jahre 1974 aufgenommen.

Preiserhöhungen, Fremdarbeiter, Aufrüstung

Kapitalismus in China

Mit den selben Argumenten wie in Osteuropa wird eine Politik gegen die Werktätigen gemacht

PEKING/LONDON/TOKIO.— Für jeden etwas brachte die Reise Hua Guo-fengs nach Westeuropa und die zur gleichen Zeit abgeschlossenen Verträge Chinas mit verschiedenen kapitalistischen Ländern. Die Pekinger Militärs bekommen ihre ersten NATO-Angriffsflugzeuge, den britischen Harrier, für die Arbeiter Chinas wurden zur selben Zeit maßlose Preissteigerungen angekündigt.

Diese Ereignisse wurden an ein und demselben Tag bekannt. Zum einen der Vertrag Huas mit der britischen Thatcher-Regierung über die Lieferung von 32 Senkrechtstartern des Typs Harrier an die VR China. Ebenfalls mit der britischen Regierung wurde ein Kulturabkommen unterzeichnet, das die Errichtung von britischen Kulturzentren in China und das Studium von 450 Chinesen in Britannien vorsieht.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete am selben Tag die Erhöhung der Fleischpreise um sage und schreibe 33 Prozent, die Erhöhung der Eierpreise um 32 Prozent. Angekündigt wurde die Absetzung der Preisbindung für mindestens 10000 Produkte des täglichen Bedarfs, wie Textilien, Haushaltswaren, Papier und so weiter.

Begründet wird dieses Vorgehen damit, daß die Preise für Agrarprodukte im Verhältnis zu den Preisen für Industrieprodukte zu niedrig lägen, die Bauern dadurch Einkommensverluste gehabt hätten, die jetzt durch die Preiserhöhungen ausgeglichen werden sollen. Das sind die selben Argumente, wie sie auch in den scheinsozialistischen Ländern Osteuropas zur Rechtfertigung der Teuerung benutzt werden. Arbeiter und Bauern sollen gegeneinander ausgespielt werden. Staatlich subventionierte Agrarpreise, wie sie in einem sozialistischen Land gemacht werden (und früher zum Teil auch in China), um den Bauern ein gutes Einkommen zu sichern, ohne daß es auf die Kosten der Arbeiter geht, werden in China außer bei Getreide nicht mehr angewandt werden.

Die Staatskasse ist offensichtlich durch die ständigen Einkäufe zu leer dazu, und die vorhandenen Mittel wurden für andere Zwecke eingeplant. Die Senkrechtstarter sind teuer. Also müssen die Arbeiter mehr bezahlen. Das ist offene Kapitalistenlogik.

Aber auch noch auf viel direktere Weise wird die chinesische Arbeiterschaft von den kapitalistischen Machthabern ausgeplündert. **Sie werden als Gastarbeiter verkauft!** Mitte Oktober dieses Jahres flog eine Delegation des Verbandes der italienischen Bauunternehmen nach Peking, um über den Einsatz chinesischer Arbeiter auf italienischen Baustellen in Drittländern zu verhandeln. Die Regierung der VR China sagte zu, den italienischen Baukapitalisten 15000 Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Insgesamt erklärte sich die chinesische Regierung sogar bereit, **nicht weniger als 400000 chinesische Bauarbeiter an kapitalistische Firmen zum Einsatz in Drittländern zu vermieten.**

Die Zeitschrift „Jeune Afrique" enthüllte in ihrer letzten Nummer, daß drei große japanische Monopole, und zwar die Shimizu Construction, die Taisei Corporation und die Kawasaki Heavy Industries, chinesische Leiharbeiter abgelehnt hätten, weil sie zu teuer waren, und stattdessen lieber Arbeiter aus Pakistan und Indien gemietet haben. Die beiden offiziell für die VR China tätigen Vermittlungsbüros für Arbeitskräfte, eines aus Peking, zuständig für Arbeiter aus ganz China, und eines in Hongkong, zuständig für Arbeiter aus Guangdong, forderten Löhne zwischen 150 und 1100 US-Dollar monatlich für die chinesischen Arbeiter. Davon, so gaben die Vermittlungsbüros selbst zu, erhielten die Arbeiter selbst allerdings nur einen kleinen Teil. Zwischen 10 und 25 Prozent, so wird vermutet.

Während so die Arbeiter der Teuerung ausgesetzt werden und als Gastarbeiter an die großen kapitalistischen Monopole vermietet, genießen die Kapitalisten in China alle Freiheiten, Profit zu machen. Bekannt wurde schon im August die Gründung der sogenannten „Patriotischen Baugesellschaft", zu deren Gründung 600 Kapitalisten aus Schanghai ein Kapital von 45 Millionen Mark eingezahlt haben. Ausdrücklich wurde betont, daß diese Gesellschaft profitorientiert sei.

Zusammen mit den jetzt erlassenen Verfügungen über die Aufhebung der Preisbindung und die Regulierung der Preise über den Markt, sowie mit den beschlossenen Abkommen mit der Bundesrepublik und Britannien und den Fabriken, die die Monopole aus USA, Westeuropa und Japan in der VR China errichten, zeigen diese Tatsachen, daß jetzt in China ganz offen der Kapitalismus organisiert wird.

Diese Zeche werden die arbeitenden Menschen bezahlen müssen. Materielle Not und das Emigrantenschicksal von sogenannten Gastarbeitern, das ist die Perspektive für Chinas Arbeiterklasse.

Die Geister, die sie riefen

Im Terrorwahn: Luftwaffe hetzt Zivilflugzeug

Ex-Minister Leber erinnert sich

In dem Flugzeug, das von zwei Starfightern der Bundeswehr verfolgt wurde, saßen eine größere Anzahl von Menschen. Die Menschen befanden sich in tödlicher Gefahr, denn die Starfighter waren mit scharfen Waffen bestückt und ihre Piloten warteten nur auf den Befehl, das Flugzeug abzuschießen. Daß es nicht dazu kam, ist einem Zufall zu verdanken. — Den Vorfall, der sich im Jahre 1972 ereignete, schildert der ehemalige Kriegsminister Georg Leber in seinem Erinnerungsbuch „Vom Frieden".

Es war der 11. September 1972, abends. In München fand die Abschlußveranstaltung der Olympischen Spiele statt. Die Vorzeichen waren ungut. Kurz vorher war auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck eine palästinensische Geiselaktion von westdeutschen Sicherheitsorganen zusammengeschossen worden; Bilanz: 17 Tote. Die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik war auf das äußerste gespannt; durch Politiker und Massenmedien wurde die Terroristenhysterie hochgepeitscht; es kursierten Gerüchte über einen neuen zu erwartenden Terroranschlag; der Staat und seine Organe brannten darauf, das Desaster von Fürstenfeldbruck vergessen zu machen und irgendwelche Terroristen zu Strecke zu bringen.

Die Möglichkeit dazu schien sich am 11. September abends in Form eines „nichtidentifizierten Flugobjekts" zu bieten, das zwischen Stuttgart und Ulm in 2000 Meter Höhe auf dem Flug in Richtung Osten gesichtet wurde. Jetzt kochte die überhitzte Phantasie der Terrorjäger über. „Erkenntnisse" waren plötzlich zur Hand, daß es sich bei dem Flugobjekt um ein in Stuttgart gestohlenes einmotoriges Flugzeug handele, dessen Insassen nichts anderes im Sinn hätten, als „über dem Olympiastadion in die Schlußfeier Bomben zu werfen". Höchster Alarm!

Um 20.05 Uhr klingelte in Bonn beim Kriegsminister Leber, der in seinem Büro gerade beim Aktenstudium saß, das Telefon. Die Schreckensmeldung wurde übermittelt nebst der Bitte der Münchner Polizei, „zur Abwehr eines solchen Vorhabens" die Luftwaffe einzusetzen.

Leber handelte. Er nahm Verbindung mit dem zuständigen Führungsgefechtsstand der Luftwaffe in Freising auf und gab Befehl nach Neuburg, eine „Alarmrotte" des Jagdgeschwaders 74 zu starten. Die beiden Starfighter, ausgestattet mit scharfen Waffen, begannen über ihrem Flugplatz zu kreisen.

Wenig später verschwand das unbekannte Flugobjekt von den Radarschirmen. Nun mutmaßte man, daß die Maschine versuche, im Tiefflug dem Radar zu entgehen. Die Alarmrotte wurde in den Luftraum über München zur Beobachtung beordert. Kaum hatten alle zivilen Flugzeuge den Münchner Luftraum verlassen, tauchte das unbekannte Flugobjekt über Augsburg wieder im Radar auf. Es hatte an Höhe gewonnen und schien den Anflug auf München vorzubereiten. Die Situation spitze sich zu. „Wenn ich zu diesem Zeitpunkt den Einsatzbefehl an die beiden Abfangjäger gegeben hätte", schreibt Leber, „und das unbekannte Flugzeug hätte sich nicht einfach von seinem Ziel abdrängen lassen, dann hätte es an dieser Stelle zum Waffeneinsatz kommen müssen." Minister Leber aber zögerte zwei oder drei Minuten. Hatte er plötzlich Angst vor der eigenen mörderischen Courage oder setzten, unter der Last des Denkens, kurzfristig seine Gehirnfunktionen aus? Wir wissen es nicht. Tatsache ist jedoch, daß die Passagiere der Maschine einzig und allein diesem Zögern ihr Leben verdanken. Nun stellte sich auch heraus, daß das „unbekannte Flugobjekt" ein verirrtes finnisches Zivilflugzeug war, dessen Navigationsanlage vorübergehend ausgefallen war. Die Maschine war — nach Lebers Angaben — mit Menschen „reichlich besetzt". — Übrigens erwies sich später auch die Meldung aus Stuttgart über den Diebstahl des Flugzeugs als falsch.

Blinder Alarm! Doch welche Gefahr war heraufbeschworen worden durch die im Terroristenfieber handelnden Staatsbehörden!

Man hat den Eindruck, daß die Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung weniger von einer Handvoll Terroristen als von den Terrorjägern selbst ausgeht. Die Terroristenhysterie wirkt auf die, die sie entfesselt haben, zurück und treibt sie zu gemeingefährlichen Handlungen; wie monströse Buben jagen sie zwischen den Gespenstern umher, die sie selbst herbeigeredet und aufgebaut haben, erschreckt und in panischer Angst, kopflos in den Händen entsicherte Waffen.

Nach 23 Jahren enthüllt:

1956 Beinahe-Atom-Katastrophe in England

Zu einem Atomunfall, schlimmer als der Unfall in diesem Jahr in Harrisburg, wäre es nach einem Bericht einer Zeitung in Omaha beinahe im Jahr 1956 im Osten Englands gekommen.

Am 27. Juli 1956 stürzte ein US-Bomber des Typs B-47 unweit eines Atomwaffenlagers der britischen Luftwaffe in Lakenheath nordöstlich von London ab. Der Düsenjäger ging in Flammen auf. Die Flammen schlossen ein Lager ein, in dem drei Atombomben lagen. Jeder der Bomben hatte die Stärke von rund 13 600 Kilogramm TNT.

Die Katstrophe wurde nur dadurch abgewendet, daß sich der Chef der Feuerwehr der US-Luftwaffe bei der Brandbekämpfung nicht um den Bomber und dessen vierköpfige Besatzung kümmerte, sondern sich voll auf den Brand um das Atombombenlager konzentrierte. Die Besatzung kam bei dem Absturz ums Leben.

Wenn die Flammen die Bomben erreicht und zur Explosion gebracht hätten, wäre ein großes Gebiet mit radioaktivem Material verseucht worden. Der Unfall in Lakenheath wurde verheimlicht, weil die britische Öffentlichkeit zu jener Zeit nicht über die Lagerung von US-Atombomben auf britischem Boden unterrichtet war.

Sebastian Haffner: Großes Bundesverdienstkreuz

In Westberlin überreichte Bürgermeister Stobbe dem reaktionären Historiker und politischen Schriftsteller Sebastian Haffner das Große Bundesverdienstkreuz. Haffner, einst *Stern*-Kolumnist, wurde vor allem durch das Machwerk „Anmerkungen zu Hitler" bekannt. In diesem Buch behauptet Haffner, Sozialismus und Faschismus seien im Grunde gleich; außerdem stellt er Hitler als Revolutionär dar. Auf Haffners Thesen berufen sich heute Stoiber und Konsorten in ihrem Bemühen, den Sozialismus als Faschismus zu diffamieren. — Das Foto zeigt Stobbe und Haffner bei der Verdienstkreuzverleihung. Der Orden wird Haffner von einem Protokollbeamten umgelegt.



„Indem um Ihren Kragen legt
ein Subalterner Band und Orden,
gestatten Sie, Sie tiefbewegt
zu würdigen in schlichten Worten:

Sie haben diesem Staat, der häßlich
von Herkunft ist und braunverschmiert,
als Mann der Wissenschaft verläßlich
die Weste etwas aufpoliert.

Sie zierten sich da nicht, zu lügen,
die Fakten gründlich durchzubeuteln,
sie umzufälschen, umzubiegen,
kurz: staatsgerecht zurechtzudeuteln.

Vor allem schätzt der Staat Ihr Mühn
um Farbenblindheit: rot gleich braun zu sehn;
Ihr Mühn, dem Volke den Faschismus
als Sozialismus anzudrehn.

Von Ihrer Großtat zehrn noch heute
(und schreien's in die Welt hinaus)
diverse interessierte Leute.
Ich nenne stellvertretend: Strauß..."

Sie sind, kurzum, der richtige Mann,
würdig befunden allerseits —
Glückwunsch, Haffner Sebastian,
zum wohlverdienten Bundeskreuz!"



Samstag, 17. November, 15.40 Uhr, ARD
Liedermacher aus Österreich und Deutschland. Unter anderem mit den „Black Föss" und Georg Danzer.

Samstag, 17. November, 20.15 Uhr, West III
Eines Tages... Kanadischer Fernsehfilm (1977) von Rudy Wiebe und Barry Paerson. Der Film schildert, wie kanadische Farmer ihre Existenzgrundlage durch ein gigantisches Zukunftsprojekt der USA an der Grenze zu Kanada verlieren. — Der Film beruht auf tatsächlichen Vorkommnissen. Mit diesen Hintergründen — und der Rückwirkung des Films — beschäftigt sich der Dokumentarfilm — **Die Wirklichkeit** —, der im Anschluß an den Spielfilm gesendet wird.

Montag, 19. November, 23.00 Uhr, ARD
Die letzten drei Tage. Italienischer Spielfilm (1977) über das Attentat des 16jährigen Anteo Zamboni auf den „Duce" Mussolini im Jahre 1926. Der Film ist als ein Versuch der Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus angekündigt. Man darf gespannt sein, inwieweit und auf welche Weise er dies leistet.

Dienstag, 20.November, 20.15 Uhr West III
Landesspiegel: Ein Land in Schutt und Asche. Untertitel der zweiten Folge: Schlacht um den Ruhrkessel.

Mittwoch, 21. November, 11.00 Uhr, ARD
Die verbrannten Dichter. Im Dritten Reich wurden oppositionelle, fortschrittliche und antifaschistische Dichter verfolgt, ihre Werke auf den Scheiterhaufen verbrannt. „Die verbrannten Dichter" ist eine szenische Folge von fünf Bildern, in denen Lieder und Gedichte dieser Dichter vorgestellt werden.

Mittwoch, 21. November, 19.00 Uhr, Südwest III
Was geht uns die vergammelte Revolution von damals an... — Lieder zur Revolution von 1848.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.